Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 172. Dienstag, den 26. Juli 1921. 28. Jahrgang.

Am 4. August Zusammentritt des Obersten Rates.

TU. Paris, 26. Juli.

Dem „Temps" zufolge ist der französische Botschafter in London gestern abend angewiesen worden, der englischen Regierung folgende Eröffnungen zu machen: Frankreich ist damit einverstanden, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt, um sich mit der oberschlesischen Frage zu befassen. Die französische Regierung hält es aber nach wie vor für notwendig, sofort Verstärkungen nach Oberschlesien zu schicken. Sie besteht auch darauf, daß vor der Konferenz die Sachverständigen zusammentreten, um die Entscheidung vorzubereiten.

England will festbleiben.

TU. Frankfurt, 26. Juli.

Die Mitteilung eines Pariser Nachrichtenbureaus, daß England unter Vorbehalt die Absendung einer französischen Division nach Oberschlesien gutheißen würde, ist vollkommen unrichtig. Die englische Regierung dringt weiter auf baldige Einberufung des Obersten Rates und widersetzt sich der Absendung neuer Truppen, solange über die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme in einer Zusammenkunft aller Alliierten kein Beschluß gefaßt ist. Lloyd George ist ohne Rücksicht auf seinen Urlaub auf jeden Fall bereit, der Sitzung des Obersten Rates beizuwohnen. Sir Horald Stuart ist unterwegs nach London, um seiner Regierung über die Lage in Oberschlesien zu berichten. Oberst Stanley teilte im Namen des Kriegsministeriums im Unterhaus mit, daß die Zahl der englischen Truppen in Oberschlesien augenblicklich 4400 Mann betrage. Die französische Truppenmacht ist größer, die italienische dagegen geringer.

Günstige Haltung Italiens.

TU. Rom, 26. Juli.

Sämtliche italienischen Parteien, zumal ausschlaggebend die Sozialisten und Pouplari, stehen dem deutschen Standpunkt in der oberschlesischen Frage günstig gegenüber. Ein sozialistischer Führer erklärte, 60 Prozent Oberschlesier haben für Deutschland gestimmt, folglich muß Oberschlesien bei Deutschland bleiben. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Die Pouplari sind derselben Ansicht.

Korfanty gegen die Sforzalinie.

Paris, 25. Juli.

Die „Lanterne" veröffentlicht heute an leitender Stelle neue Erklärungen Korfantys. Dieser äußerte, er zweifle nicht daran, daß die französische Regierung mit ihrem Streben nach Vertagung der oberschlesischen Entscheidung einen wohlüberlegten Plan verfolge, aber die polnischen Oberschlesier hätten ihre Gründe, möglichst eine sofortige Lösung der Frage zu wünschen. Die Sforza-Linie sei für Polen unannehmbar, weil sie den Deutschen Bezirke mit polnischer Mehrheit ausliefern würde. Korfanty behauptet, keine Regierung werde sich in Warschau halten können, falls eine solche Lösung erfolge.

Die augenblickliche Lage.

Berlin, den 25. Juli.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Regelung der oberschlesischen Frage zwischen der französischen und englischen Regierung bestehen nach wie vor fort. Es hat auch nicht den Anschein, daß man sich bald, wie es in Anbetracht der Angelegenheit notwendig wäre, einigen wird. Während sich England trotz aller Vorstellungen des französischen Botschafters in London bisher nicht davon überzeugen ließ, daß neue Truppensendungen notwendig sind, besteht Frankreich hartnäckig auf der Entsendung neuer Truppen nach Oberschlesien und droht sogar, den Abtransport ohne das Einverständnis der Engländer und Italiener vorzunehmen. Durch diese Haltung ist die Frage, ob der Oberste Rat zusammentreten soll, wesentlich in den Hintergrund getreten und es scheint, daß zwischen den Alliierten und Frankreich einerseits und der deutschen Regierung mit der französischen Regierung anderseits zunächst über die Angelegenheit, ob Frankreich berechtigt ist, auf eigene Faust die Besetzung Oberschlesiens zu verstärken, eine Regelung getroffen werden müsse. Nach den aus London und Rom bisher vorliegenden Pressestimmen teilen die Regierungen der Verbündeten Frankreichs voll und ganz die Ansicht der deutschen Regierung, was diese durch ihre Antwort dem französischen Botschafter in London am Sonnabend zum Ausdruck gebracht hat. Anders die französische Presse. Wie immer, zeigt es sich auch hier, daß die Militaristen in Paris das Wort haben und daß bei diesen Militaristen wie überall weniger das Recht als der Säbel entscheidet.

Bisher wurde von der deutschen Regierung bei jeder Gelegenheit von den Ententemächten die Erfüllung des Versailler Vertrages verlangt. Die Regierung Wirth stellte sich bei ihrem Regierungsantritt dem In- und Auslande als die Förderin dieses Vertrages vor, und sie versuchte nicht nur, den Vertrag in seinen Einzelheiten durchzuführen, sondern erklärte sich auch bereit, Reparationsforderungen zu erfüllen, die das in dem Versailler Vertrag übernommene Maß der Kriegsschuld weit überschreiten. Wer, wie die deutsche Regierung, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten den guten Willen zur Durchführung ihrer Verpflichtungen bewies, hat auf der andern Seite das Recht, auf die wenigen Zugeständnisse, die der Vertrag von Versailles dem deutschen Volke macht, zu beharren und deren Erfüllung zu verlangen. Diesen Standpunkt nahm auch die deutsche Reichsregierung ein, als si nach Paris mitteilen ließ, daß sie zunächst Mitteilung wünscht, ob die französischen Truppenverstärkungen unter dem Einverständnis der alliierten und assoziierten Mächte nach Oberschlesien gebracht werden sollen. Hierzu heißt es im Art. 375 des Versailler Vertrages, daß Deutschland sich „hinsichtlich der Beförderung von Truppen in Ausführung des gegenwärtigen Vertrages den Beförderungsanweisungen einer im Namen der alliierten und assoziierten Mächte handelnden Behörde" — als die nur die interalliierte Kommission in Oppeln in Frage kommen kann — „nachzukommen hat." Kein Mensch wird aus dieser Fassung lesen, daß eine der alliierten Mächte allein berechtigt ist, Truppen nach Oberschlesien zu befördern und von Deutschland die zu der Beförderung notwendige Unterstützung verlangen kann. Wenn jetzt die französische Presse darauf hinweist, daß Deutschland bei den Abtransporten englischer Soldaten nicht die Zustimmung Frankreichs und Italiens einholte, so scheint man mit Absicht Tatsachen zu übersehen und zu vergessen, daß einmal ein einstimmiger Beschluß der interalliierten Kommission auf Verstärkung der Besatzung vorlag und zum andern auch die deutsche Regierung selbst ein ebensolches Verlangen ausgesprochen hat. Außer diesen Tatsachen spricht aber auch die Haltung der alliierten Kommissariate in Oppeln für die Auffassung des deutschen Kabinetts. Auch in Frankreich sollte nicht unbekannt sein, daß sowohl von englischen wie von italienischen Kommissaren eine weitere Verstärkung nicht gewünscht wird.

Auch heute muß wieder einmal gesagt werden, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk an einer Verschärfung der Situation, wie es uns jetzt wieder unterschoben wird, nicht das gringste Interesse haben. Wie die Entente und besonders Frankreich von uns Pflichten verlangt, so haben wir das Recht, die wenigen uns zustehenden Zugeständnisse des Versailler Vertrages zu fordern. Hat Frankreich die Einwilligung seiner Verbündeten, Truppenverstärkungen nach Oberschlesien vorzunehmen, so wird sich weder die deutsche Regierung, noch der übergroße Teil des deutschen Volkes über die Durchführung dieser Transporte aufregen, sondern auch hier die übernommenen Verpflichtungen nach Möglichkeit erfüllen.

Wie die Blätter mitteilen, stützt sich die deutsche Regierung bei der Ablehnung des französischen Ersuchens um Durchführung von Truppentransporten durch Deutschland auf § 2 des Artikels 88 des Versailler Vertrages, der besagt: „Die Zone der Volksabstimmung wird unverzüglich einem interalliierten Ausschuß von vier Mitgliedern unterstellt, die durch die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, das britische Reich und Italien ernannt werden. Sie wird von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, die Beförderung dieser Truppen nach Oberschlesien zu erleichtern." Weiter kommt als Rechtsgrundlage Artikel 375 in Betracht, in dem es heißt: „Deutschland hat den Beförderungsanweisungen einer im Namen der alliierten und assoziierten Mächte handelnden Behörde nachzukommen."

Zu der Nachricht französischer Blätter, der französische Botschafter in Berlin forderte schon die Bereitstellung von zehn Transportzügen für die oberschlesischen Verstärkungstruppen, erfahren die Blätter von zuständiger Stelle, daß ein solches ins einzelne gehende Verlangen nicht gestellt worden ist.

Ein französischer Kriegsverbrecher.

In der „Humanité" erhebt Henry Barbusse gegen den Hauptmann Martin vom 134. Infanterie-Regiment die Anklage, daß er bei Fleury 180 deutsche Kriegsgefangene nach dem Kampfe in den Schützengräben habe niedermachen lassen. Als die Bataillone zurückkamen, wunderte sich der Oberst über die geringe Zahl von 20 Gefangenen. Martin erklärte, die übrigen seien unten im Schützengraben geblieben. Nach dem Kriege rühmte sich der inzwischen zum Major beförderte Hauptmann dieser Tat.

Um den französischen Durchmarsch.

Dr. L. Lübeck, 26. Juli.

Zu der von uns gestern besprochenen deutschen Antwortnote an Frankreich liegen eine Reihe in- und ausländischer Pressestimmen vor. Der „Vorwärts" begnügt sich damit, die genaue Rechtslage zu prüfen und festzustellen, daß die deutsche Regierung einwandfrei und deshalb richtig gehandelt habe. Aber auch er hält es für nötig, darauf hinzuweisen, daß Deutschland in keiner Weise auf die Gegensätze in der Entente spekuliere. „Man braucht uns nicht erst zu sagen, daß man mit gebrochenen Beinen nicht auf das Eis spazieren geht."

Wir glauben, daß der „Vorwärts" die Lage zu rosig wertet, wenn er glaubt, es sei möglich, der Entente klar zu machen, daß Deutschland mit seiner Antwort nichts anderes wollte, als dem Versailler Vertrag auf das peinlichste zu seinem Recht zu verhelfen. Nicht nur die deutschnationale Presse wittert Morgenluft — die „Deutsche Tageszeitung" legt schon mit ihrem Festbleibengefasel los —, auch die nationalistischen Pariser Blätter benutzen mit Freude die Gelegenheit, die Regierung Wirth verächtlich zu machen, damit Briand mehr und mehr die Hände bindend. Das Ausschlaggebende aber ist die Auffassung der englischen Presse, und die bestätigt voll und ganz unsere gestrige Darstellung. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" führt aus:

> Die Versuchung, aus den Meinungsverschiedenheiten Frankreichs mit seinen Alliierten Kapital zu schlagen, sei natürlich für einen deutschen Diplomaten wie Dr. Rosen, der in den Traditionen der alten Wilhelmstraße zu Hause ist, unwiderstehlich. Sein Argument sei vom juristischen Standpunkt aus stichhaltig, ebenso mag seine Ansicht, daß der Stand der Dinge in Oberschlesien nicht so verzweifelt ist, wie es von französischer Seite geschildert wird, in London und Rom Zustimmung finden. **Aber obgleich Dr. Rosens Stellung ziemlich stark ist, folgt noch nicht daraus, daß seine direkte Herausforderung an Frankreich zweckmäßig ist. Aber vielleicht ist Dr. Rosens Aktion tatsächlich von dem Wunsche beseelt, eine Krise zwischen London und Paris zu überstürzen. Wenn das der Fall ist, dann ist sie ebenso töricht wie arglistig.**

Und auch andere Londoner Blätter vertreten einen ganz ähnlichen Standpunkt. Trotz aller Gereiztheit über die französische Anmaßung schwingt überall doch der Unterton mit, daß man sich Deutschlands wegen nicht mit Frankreich entzweien dürfe, und daß man den bauernschlauen Versuch Rosens, Frankreich und England zu trennen, keinesfalls unterstützen dürfe.

Uebrigens ist bei der ganzen Angelegenheit eines nicht zu übersehen. Ein ähnlicher Fall ist vor einigen Wochen schon vorgekommen, und die französische Presse will jenen Fall als Präzedenzfall für die jetzigen französischen Ansprüche benutzen. Deutschland beförderte bekanntlich während des oberschlesischen Aufstandes ohne weiteres englische Verstärkungstransporte, und zwar auf Anforderung der englischen Regierung, wie von französischer Seite behauptet wird. Wir wissen nicht, ob damals tatsächlich von uns einem englischen Ersuchen stattgegeben wurde; ist es aber der Fall, so hat die deutsche Regierung tatsächlich zwei gleiche Fälle verschieden behandelt, und sie hat damit ihre schon im ganzen nicht sehr kluge Handlungsweise noch durch weitere Ungeschicklichkeit belastet.

Der Erfolg wird sich ja zeigen. England hat jetzt, nach der deutschen Antwort gar keine Möglichkeit mehr, von Frankreich Verzicht auf Truppenverstärkungen zu fordern. Das käme einem offenen Bruch gleich, und dazu ist die Zeit noch nicht reif. Die französische Division wird also nach Oberschlesien rollen, sie wird dort nichts nützen und hoffentlich auch nicht allzuviel Unheil anrichten.

Außerdem scheint sich jetzt — aber auf dem Wege des Kompromisses — eine verhältnismäßig rasche Entscheidung anzubahnen. Am 4. August tritt, wenn der „Temps" gut informiert ist, der Oberste Rat zusammen. Bis dahin wird man sich gedulden müssen; man wird auch gut tun, sich auf eine Entscheidung einstellen, die jedem Deutschen ungünstig erscheinen wird. Außer Pleß und Rybnik werden Teile des Industriegebietes sicher verloren gehen; die klaren Bestimmungen von Versailles verlangen es, leider!

Vielleicht werden an diesem deutschen Entscheidungs- und oberschlesischen Schicksalstage wieder die schwarz-weiß-roten Flaggen herausgehängt. Um der Welt das Uebermaß monarchistischer Schuld und kaiserlichen Verhängnisses selbsterkennend zu künden.

Die französischen Gewerkschaften.

Der Auslandsmitarbeiter des Hamburger Echo, der den französischen Gewerkschaftskongreß in Lille besuchen sollte, hat vom französischen Konsulat die Mitteilung erhalten, daß ihm das Visum nicht erteilt werden könne.

Am heutigen Tage wird in Lille der französische Gewerkschaftskongreß eröffnet, der bestimmt scheint, auf Befehl von Moskau die Einheit der französischen Gewerkschaftsbewegung zu zertrümmern. Wenn die Moskauer in allen Ländern nur Unheil in der Arbeiterklasse angerichtet haben, so kann man sagen, daß diese Krankheit heute überall überwunden ist, die Arbeiterbewegung sich wieder auf dem Wege der Genesung befindet, Frankreich ausgenommen. Ob aber in der französischen Arbeiterbewegung die bolschewistischen Zerstörungspolitiker herrschen oder ob ein freundschaftlich-friedliches Zusammenarbeiten mit den französischen Arbeiterorganisationen nicht möglich ist, hat für die deutsche Arbeiterschaft gegenwärtig mehr Bedeutung als je. Und deshalb verfolgen wir den heroischen Kampf, den die seitherigen Führer der französischen Gewerkschaften, die Jouhaux, Mertheim, Bidegaray, gegen die Trabanten von Moskau ausfechten, mit tiefer Anteilnahme.

Wie kommt es, daß gerade in Frankreich der Bolschewismus solche Erfolge hat? Nach der landläufigen Anschauung müßte Frankreich als siegreiches Land, gegen die bolschewistische Ansteckungsgefahr gefeit sein. Wie grundfalsch jedoch diese Meinung ist, die von dem Irrglauben ausgeht, der militärische Sieg sei die Quelle alles Wohlstandes und die Niederlage der Ursprung alles Uebels, das zeigt das Beispiel des besiegtesten aller Länder, wo der Bolschewismus nie Fuß fassen konnte: Oesterreich. Dagegen sind gerade zwei Siegerstaaten, Italien und Frankreich, von ihm am stärksten mitgenommen worden. Der Einfluß des Bolschewismus hängt vielmehr ab von der Einsicht und dem taktischen Geschick der Führer der Arbeiterbewegung, von der Aufrechterhaltung der Einigkeit, von den internen Zuständen der Arbeiterbewegung eines Landes, und nur in sehr geringem Maße von den jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. So allein erklärt es sich, daß die französische Arbeiterbewegung heute haltlos dem Bolschewismus verfallen scheint.

Man darf vor allem eins nicht außer acht lassen: die ehemals indifferenten oder uns direkt feindlichen Massen, die der Krieg durch seine Dauer und unerträglichen Qualen zu uns herübergetrieben hat, sie, die am Kriegsbeginn vom hurrapatriotischen Taumel erfaßt waren, sie sind es gerade, die infolge einer psychologischen Reflexbewegung ganz nach links abwandern. Sie sind auch am empfänglichsten für die bolschewistischen Zersplitterungsmethoden, die damit beginnen, die erprobten Führer als „Verräter" zu brandmarken, sofern diese sich weigern, unter das moskowitische Joch zu kriechen.

Die politischen Führer der französischen Arbeiterbewegung, die das Erbe von Jaures und Vaillant zu verwalten hatten, haben in ihrer Mehrzahl nicht die Charakterstärke gehabt, um sich der moskowitischen Demagogie und dem radikalen Taumel der Kriegssozialisten zu widersetzen. So ist es zur Spaltung gekommen. Den Kommunisten gelang es, den Parteiapparat in der Hand zu behalten und sich damit einen zunächst vorwiegenden Einfluß zu sichern, obwohl kaum ein Viertel der sozialistischen Abgeordneten sich ihnen anschloß. Seit Jahresbeginn führt nun die kommunistische Partei Frankreichs einen unerbittlichen Kampf mit allen Mitteln der persönlichen Verleumdung und der niedrigsten Demagogie gegen die Gewerkschaften beziehungsweise deren Führer. Wenn man weiß, daß trotz des Zusammenschmelzens der Gewerkschaften infolge dieses Kampfes nur ein geringer Bruchteil der Mitglieder den Gewerkschaften schon vor dem Kriege angehörte, dann wird der Erfolg der Kommunisten nicht überraschen.

Werden diese in Lille einen vollkommenen Sieg erringen? Wird es zur Spaltung kommen? Das sind die schicksalsschweren Fragen, auf die der französische Gewerkschaftskongreß die Antwort geben wird. Die Kommunisten befinden sich in einer weit besseren Situation als die alten Gewerkschaften. Sie haben keinerlei Gewissensskrupel. Sie versprechen den Sieg nicht nach langer, mühevoller Arbeit, sondern für die allernächste Zeit. Sie haben die Unerfahrenheit der Massen, die Reaktion des „nationalen Blocks" und die kommunistische Tagespresse, darunter die vielverbreitete „Humanitee" für sich. Dieser können die Gewerkschaften, die ehemaligen Syndikalisten, nur die Tageszeitung „Le Peuple" mit einer Auflage von 50 000 entgegenstellen. Denn die sozialistische Tagespresse kommt vorläufig kaum in Betracht.

(H. E.)

England und die deutschen Sachlieferungen.

Paris, 25. Juli. In der Frage der Verhandlungen, die zwischen der französischen und der deutschen Regierung über die Sachlieferungen geführt werden, ist eine kleine Verzögerung eingetreten. Am 16. und 17. Juli hat die englische Regierung der französischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der sie Auskunft über die Verhandlungen mit Deutschland verlangt. Sie wünscht vor allen Dingen zu wissen, ob es richtig ist, daß die Zahlungen der Sachlieferungen für den Wiederaufbau in Frankreich auf eine Zeitperiode von 13 Jahren verteilt werden soll. Nach ihrer Ansicht hätte ein derartiges Abkommen zur Folge, daß Frankreich in den ersten Jahren beträchtlichere Zahlungen verlangt, als im Londoner Abkommen vorgesehen sind und als die deutsche Regierung angenommen habe. Diese Vereinbarungen hätten das Unangenehme, daß sie zu Gunsten Frankreichs auf Umwegen eine Art Vorzugsstellung schaffen, sodaß die englische Regierung es für geboten halte, die französische Regierung auf die eventuellen Unzuträglichkeiten hinzuweisen, die derartige Verhandlungen zwischen den einzelnen Verbündeten und Deutschland nach sich ziehen müßten.

Baltischer Randstaatenbund.

Kowno, 25. Juli. Es wurde ein Präliminarvertrag unterzeichnet, der als Grundlage für ein Bündnis zwischen Litauen, Lettland und Estland in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht (letzteres als Defensivbündnis) zu gelten hat. Die Finanz- und Handelsminister der drei Länder arbeiten in Riga eine wirtschaftliche Konvention aus. In Litauen herrscht Befriedigung darüber, obwohl man zweifelt, daß dieser Vertrag für Litauen im Falle einer Offensive Polens gegen Litauen Bedeutung haben wird. Die offiziöse „Lietuva" schreibt: „Der baltische Randstaatenbund kann nunmehr als tatsächlich bestehend betrachtet werden. Wichtig ist vor allem, daß Polen nicht zu dem Verbande gehört, das bedeutet aber nicht, daß der Beitritt zu diesem Verbande für Polen überhaupt ausgeschlossen ist. Polen kann sehr wohl dem Verbande beitreten, müßte dann aber vor allen Dingen den Nachweis liefern, daß es in wirtschaftlicher Beziehung auf der Höhe ist; der Kurs der polnischen Mark müßte sich gefestigt haben, ebenso die wirtschaftliche Lage im Innern des Landes, auch müßte Polen auf seine imperialistischen Pläne und Abenteuer verzichten. Sollte das alles zutreffen, könnte Polen dem Verbande beitreten, natürlich aber unter der Voraussetzung, daß nicht ihm die Hegemonie zufallen wird.

Die russische Hungersnot.

Verwirrung in Moskau.

O. E. Tersiki, 23. Juli. 1921.

Der Gedanke, öffentliche Arbeiten in den Hungergouvernements zu organisieren, um der hungerleidenden Bevölkerung eine Lebensmöglichkeit zu schaffen, wird jetzt bereits als aussichtslos betrachtet. Auch Ueberweisungen großer Geldsummen in die notleidenden Gebiete können wenig nützen, da es unmöglich ist, dort die notwendigen Lebensmittel dafür zu kaufen. Die Hoffnungen auf den Freihandel sind gescheitert, da es den Bauernwirtschaften an den nötigen Austauschprodukten fehlt. Brot ist, nach einer Mitteilung der „Krasnaja Gazeta", augenblicklich in Perm, Tscheljabinsk, Orenburg und Wjatka teurer als in Petersburg und Moskau. Der Genossenschaftskongreß hat festgestellt, daß die Genossenschaften gegenwärtig ohnmächtig sind, die ihnen zugedachte Rolle bei der Hebung der Ernährungslage zu erfüllen. Zu alledem fehlt es an einem genügenden Apparat zur Erfassung der Naturalsteuer. Selbst die Mitglieder der kommunistischen Partei sind angesichts der trostlosen Lage bestrebt, Aufträgen für die Rettungsaktion möglichst aus dem Wege zu gehen. In leitenden Sowjetkreisen herrscht eine verwirrte und bedrückte Stimmung. Symptomatisch dafür ist, daß in Moskau bereits von bevorstehenden Veränderungen im Bestande des Rates der Volkskommissare gesprochen wird, wobei die Möglichkeit betont wird, daß diese einschneidender Art sein könnten. Es ist tatsächlich der verzweifelte Gedanke aufgetaucht, einen Feldzug nach Estland, Lettland und Rumänien zu unternehmen, um sich der dortigen Getreidevorräte zu bemächtigen; jedoch in den gemäßigteren Kreisen, mit Lenin an der Spitze, steht man solchen abenteuerlichen Plänen entschieden ablehnend gegenüber.

Hauptmanns Antwort an Gorki.

TU. Berlin, 25. Juli. Gerhart Hauptmann hat auf den Hilferuf Maxim Gorkis eine zustimmende Antwort telegraphiert. Es heißt darin: Die ganze zivilisierte Welt hat Ihren erschütternden Ruf nicht nur mit den Ohren, sondern mit dem Herzen gehört. Je mehr sie zu tun imstande ist, je besser es ihr gelingt, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, umsomehr wird sich die Menschheit entsühnen. Was aber das deutsche, schwergeprüfte, doch allezeit hilfsbereite Volk betrifft, so ist es schon heute durch den Ruf aus dem Osten tief erschüttert und bewegt, und ich kann getrost sagen, daß Volk und Reichsregierung alles tun werden, Ihnen nach bestem Vermögen tatkräftige Hilfe zu leisten.

Neuer Vorstoß der Türken.

TU. Paris, 26. Juli.

Die Pariser Abendblätter berichten, daß die griechische Südfront eingestoßen und Tulubunar und Asina Karahissar von den Türken genommen sein soll. Eine ganze griechische Division wurde angeblich gefangen genommen. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel berichtete der Korrespondent des türkischen Blattes „Bakit" über die Einnahme von Uschak durch die Türken. Ferner soll, dem amtlichen Bericht von Angora zufolge, Sodhio Hamidioh von den Türken genommen worden sein.

— Was soll man nun glauben? London läßt die Griechen siegen und Paris die Türken.

Die Reichsverderber.

Der „Dolch von hinten" hat neuerdings durch die Veröffentlichungen des vormaligen bayerischen Kronprinzen weiter erheblich an Wert eingebüßt. Tatsachen lassen sich eben auf die Dauer nicht totreden oder weglügen. Aus diesen Gründen predigt man jetzt mehr den Gedanken, daß in Deutschland überhaupt niemand den Krieg gewollt habe. Die „Deutsche Tageszeitung" meint: Zu welchem Zwecke hätte man ihn eigentlich wollen sollen? Nun, gerade die von ihren Freunden auf Vorrat gebackenen Kriegsziele sind Beweis dafür, daß bestimmte Kreise in Deutschland ebenso wie in Frankreich, England und Rußland, etwas „gewollt" haben.

Erinnern wir uns:

Der sächsische Finanzminister von Seydewitz verlangte noch 1917, daß die Entente eine gründliche Kriegsentschädigung zahlen müsse, über die Zahlungsmöglichkeit brauche man sich keine Sorgen zu machen, man solle dabei nur an Amerika denken.

Die berüchtigte Lehmann-Broschüre „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden" verlangte eine Kriegsentschädigung von 200 Milliarden für uns und dazu 150 für die Bundesgenossen.

Wilhelm II. errechnete einmal 280 Milliarden Goldmark Kriegsentschädigung.

Der Graf von Roon, Mitglied des Herrenhauses, forderte 1918 (!) in einem Kriegszielprogramm Erstattung der sämtlichen Kriegskosten durch die Alliierten, dazu Belgien, die französische Küste bis Calais, sämtliche englische Flotten- und Kohlenstationen der Welt, das französische Erzgebiet, die französischen Westfestungen und Besetzung des bisher eroberten Gebietes bis zur restlosen Erfüllung des Friedensvertrages!

Die „Deutsche Tageszeitung" und ihre alldeutschen Freunde verlangten — Freiherr von Wangenheim sprach es aus — „der Staatsmann, der einen Frieden ohne Kriegsentschädigung schließt, muß als Landesverräter erschossen werden!"

Der Vorsitzende des alldeutschen Verbandes, Claß, nannte Landraub und Kriegsentschädigung nicht „Wiedergutmachung", sondern Strafe. Jetzt sei die Gelegenheit da, um unsere Zukunft fester zu begründen, als unsere kühnste Einbildungskraft hat ahnen können. In diesem Sinne ist die Vielheit unserer Feinde unser Vorteil! An Kolonien wollte Claß haben: Den belgischen Kongostaat, Marokko, die portugiesischen Besitzungen, Britisch-Südamerika, Aegypten und Cypern.

Die wahnsinnige Denkschrift der Eisen- und Stahlgewaltigen verlangte das französische Erzgebiet.

Herr Stinnes wollte die ganze Campine, das im Hinterland von Antwerpen liegende, noch nicht voll erschlossene Kohlengebiet, für sich zur Ausbeutung.

Die sechs Wirtschaftsverbände — darunter der Bund der Landwirte — wollten Belgien, halb Frankreich, halb Rußland, kurz die halbe Welt, insgesamt 130 000 Quadratkilometer mit 16 Millionen Menschen rauben. Die Annektierten sollten im Deutschen Reiche keine politischen Rechte erhalten, sie sollten auch wirtschaftlich enteignet werden.

Der Professor Otto von Gierke — auch ein Freund der „Deutschen Tageszeitung" — nannte derlei Eroberungen „ein Gottesurteil!" Und Hesserich meinte, „das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient, sie mögen es durch die Jahre schleppen.."

Wir könnten noch hunderttausend Zeugnisse für den nationalistischen Wahnsinn anführen, der Deutschland ins Unglück gebracht hat. Jetzt, da das Deutsche Reich im Elend sich abquält, da die wildgewordenen Chauvinisten in den Ländern der Entente, im besonderen in Frankreich gesiegt haben, da wagt es die „Deutsche Tageszeitung", davon zu schreiben, daß sie und ihre Freunde und Vaterlandsverderber „gar nichts gewollt" hätten!

Steuerberatungen.

NZ. Berlin, 25. Juli.

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats hat zwei Unterausschüsse eingesetzt, die die Fragen der Besitzsteuerung (besonders die Heranziehung der sogenannten Goldwerte) und der Umsatzsteuer vorprüfen sollen. Beide Ausschüsse haben in der vergangenen Woche mehrere Sitzungen abgehalten. Im Besitzsteuerausschuß haben Dr. Hilferding (der letzthin für den ausgeschiedenen Kautsky von der Regierung in den Reichswirtschaftsrat gerufen wurde) und Geheimrat Schwarz von der Arbeitgeberabteilung, einleitende Referate gehalten, die sich besonders auf die Frage einer Beteiligung des Reiches an den Produktionserträgnissen bezogen. Sodann wurden von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums eine Reihe von vertraulichen Mitteilungen gemacht, die demnächst noch fortgesetzt werden sollen.

Im Anschluß für die Umsatzsteuer wurden von dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums ausführliche Darlegungen der Absichten des Finanzministeriums über die Umgestaltung dieser Steuer gemacht. Auch diese Mitteilungen waren, da sich die ganze Angelegenheit noch im Vorstadium befindet, vertraulicher Natur. Indessen kann bereits heute gesagt werden, daß eine wesentliche Erhöhung der Umsatzsteuer unvermeidlich ist und es sich nur darum handelt, ob die jetzige Form, die eine Erhebung von 1½ % bei jedem Umsatz vorsieht, aufrecht erhalten oder durch eine andere Form ersetzt werden soll. Vorgeschlagen werden und von Sachverständigen vielfach öffentlich behandelt sind bekanntlich die sogenannten Fabrikatsteuern und vor allem die Kleinhandelssteuern, die einen sehr hohen Prozentsatz beim Verkauf des Produkts an den letzten Verbraucher vorsieht. Dazu kommt noch eine von dem verstorbenen Werner von Siemens herrührende und von seinem Bruder Karl Friedrich von Siemens aufgenommene Methode, die die bestehende Umsatzsteuer veredeln will. Diese veredelte Umsatzsteuer zieht vor, nur den Umsatz zu versteuern, der dem Produkt in dem Betrieb zugewachsen ist, der zur Steuer herangezogen wird. Diese letztere, sogenannte Nettoumsatzversteuerung, die jeweilig den im einzelnen Unternehmen zugewachsenen Mehrwert der Besteuerung unterwirft, hat aber ebenso viel Mängel, wie die Fabrikat- und Kleinhandelssteuer. Ein weiteres Projekt, das besonders aus den Kreisen des Groß- und Exporthandels stammt, will die Aufrechterhaltung der jetzigen Umsatzsteuer mit dem bestehenden Satz von 1½ % mit einer nicht allzu hohen Kleinhandelssteuer von etwa 5 % verbinden. All diese Pläne bedürfen einer genauen Prüfung nach jeder Richtung, es sollen daher von dem Ausschuß nach der Augustpause eine Anzahl Sachverständiger vernommen werden. Im übrigen kann mitgeteilt werden, daß die aus der Umsatzsteuer bis jetzt eingegangenen Beträge sehr günstig sind. Sie übersteigen bei weitem den gemachten Voranschlag und man hofft, daß sie für das ganze Steuerjahr rund 8 Millionen Mark betragen werden.

Erfüllung der Getreideumlage nicht möglich?

TU. Berlin, 26. Juli. Der Reichslandbund hat an die Reichsregierung und die preußische Regierung folgendes Drahtersuchen gerichtet:

„Infolge anhaltender Trockenheit droht für Sommergetreide in vielen Gegenden Mißernte. Daher Erfüllung der Getreideumlage ohne schwere Wirtschaftsschädigung vieler Orte nicht möglich. Bitten daher, durch besondere Kommissionen im Wege der Lokalbesichtigung Umlage schleunigst nachprüfen zu lassen und entsprechend den veränderten Verhältnissen herabzusetzen."

Wir sind überzeugt davon, daß die Regierung auch auf den letzten Rest des Ablieferungssolles verzichten will. Wenn die Arbeiter, die sich kaum mehr nähren und kleiden können, von Lohnerhöhung sprechen, so heult das ganze Bürgertum auf; wenn aber die reichgewordenen Bauern nach Erhöhung ihres Profits schreien, so findet man das in Ordnung. Ein Profitjäger hilft eben dem andern.

Der künftige Reichsrat.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes über Vertretung der Länder im Reichsrat bestimmt, daß in größeren Ländern auf je 700 000 Einwohner eine Stimme kommen solle, doch darf kein Land mehr als ⅔ aller Reichsratsstimmen haben. Die Ueberschüsse an Einwohnerzahl werden erst dann berücksichtigt, wenn diese 350 000 übersteigen. Diese Aenderung würde folgende Stimmenverteilung im Reichsrat ergeben:

Preußen	26	Stimmen
Bayern	10	„
Sachsen	7	„
Württemberg	4	„
Baden	3	„
Thüringen, Hessen, Hamburg je 2 Stimmen =	6	„
Ferner 10 Kleinstaaten je 1 Stimme =	10	„
Summa	66	Stimmen

Dieser Gesetzentwurf beansprucht eine Aenderung der Reichsverfassung, in deren Artikel 61 bestimmt ist, daß auf je 1 Million Einwohner eine Reichsratsstimme kommt.

Geheimnisse in einer Berliner Hundertschaft.

Waffenschiebungen. — 2 nächtliche Fehmgerichte. — Die Untersuchung niedergeschlagen!

Von besonderer Seite wird uns umfangreiches Material über fast unglaubliche Vorgänge bei der Charlottenburger „Hundertschaft ZBV. 1" zur Verfügung gestellt, das gleichzeitig an die zuständigen amtlichen Stellen und an die Fraktionen des Reichstages und des Preußischen Landtages überwiesen wurde. Die nachfolgenden Mitteilungen stehen zwar nicht in äußerem Zusammenhang mit dem geheimnisvollen „Selbstmord" des Oberwachtmeister Buchholz am 15. Juni d. J., der innere Zusammenhang wird jedoch nach den hier geschilderten Fällen nicht bestritten werden können. Von dem außerordentlich umfangreichen Material sei der Oeffentlichkeit der folgende Auszug zur Kenntnis gebracht:

Die genannte Hundertschaft spielte schon während des Kapp-Putsches eine hervorragende Rolle, und aus ihr wurde im Laufe des Sommers 1920 der „Bund der Ringmannen" gegründet, dessen Führer ein Hauptmann Stennes war; der Wachtmeister Simon leistete Schlepperdienste. Durch ihn wurden zuverlässig erscheinende Beamte gefragt, ob sie sich nicht an dieser Verbindung beteiligen wollten, an der

der weitaus größte Teil der Offiziere des Berliner Komandos

beteiligt sei. Die Mitgliedre des Bundes mußten sich zur geheimen Behandlung aller Vorfälle schriftlich verpflichten.

Nach Mitteilungen des Simon wurde in einer Geheimversammlung der Vertrautesten der Ringmannen beschlossen, die kritische Zeit der Waffenablieferung zu einem Schlage auszunutzen. In der Liste des Bundes waren die Namen sämtlicher Offiziere der ZBV. verzeichnet: Hauptmann Stennes, Oberltn. Rüttinger, Ltn. Mallwitz, Ltn. Sobirey, Ltn Wilkenhöhner, die Hauptwachtmeister Lehmann und Müller, die Zugwachtmeister Meyer und Zuchs, die Oberwachtmeister Koos, Kieselbach, Zeppenfeld, Göbel, Martin, Grüner, Köhl, Wolff, die Wachtmeister Ladebeck, Claus, Brauer, Poliet, Simon, Figge (genannt Fricke), von Schmehling-Düringhofen, Calovius, die ganze Stube 50 u. a.

Aus Anlaß der Waffenabgabe wurde die überzählige Munition, Flammenwerfer, Maschinengewehre und 100 000 Schuß Munition an den verschiedensten Stellen versteckt. Diese Vorgänge wurden durch einen Beamten der ZBV. der Oeffentlichkeit mitgeteilt, und hierauf ordnete der Berliner Polizeipräsident eine

Durchsuchung der Hundertschaft

an, die am 29. November stattfand. Hiervon erfuhr jedoch die Hundertschaft rechtzeitig. Sämtliche Waffen wurden aus ihren Verstecken entfernt und unter besonderer Aufsicht des Zugwachtmeisters Meyer an neuen Verstecken, fünf Maschinenpistolen sogar in der Akademie der bildenden Künste, Hardenbergstraße, untergebracht; einen Teil der Waffen schaffte man nach Potsdam. Diese Vorgänge wurden aufs neue dem Polizeipräsidium zur Kenntnis gebracht, so daß dieses zu Beginn der Untersuchung hiervon unterrichtet war.

Am Morgen des 29. November, um 9 Uhr, erschien der Kommandeur der Berliner Polizei, Oberst Kaupisch, mit 50 Kriminalbeamten und ließ die Kaserne planmäßig besetzen. Schon hierbei wurden ihm Schwierigkeiten gemacht, und der Oberwachtmeister Kieselbach forderte die Wache auf, „zu laden und zu sichern". Den Beamten der ZBV. befahl Leutnant Sobirey, Waffen einzustecken. Bei der Ansprache des Obersten Kaupisch, in der dieser auf die Forderungen der Entente bezüglich der Wafenablieferung hinwies, fehlte der größte Teil der Mannschaften, und als hierauf eine Stubendurchsuchung vorgenommen wurde, forderte der Oberwachtmeister Hasse die Beamten auf, den durchsuchenden Beamten nicht eher Zutritt zu den Stuben zu geben, bevor Hauptmann Stennes, der inzwischen im Auto die Kaserne verlassen hatte, zurückgekehrt sei. Die Beamten benahmen sich Kaupisch wie den Kriminalbeamten gegenüber disziplinlos und rüpelhaft.

Am Abend desselben Tages wurde eine Versammlung der Hundertschaft angesetzt, in der die „Verräter" der Ringmannen festgestellt werden sollten. Hierbei fiel von Wachtmeister Kieselbach die Aeußerung: „Fünf Verräter haben wir bereits; **die werden eben einmal beim Dienst abhanden kommen".** Hauptwachtmeister Müller fuchtelte mit geladener Pistole herum, stellte sich vor einen verdächtigen Beamten und sagte: „Wenn solche Schufte dazwischen sind, die nicht mitmachen wollen, dann sollten sie gehen oder — —" entsprechende Bewegung mit dem Revolver.

Während der Nacht erfolgten in der Kaserne verschiedene Schießereien. Ein Beamter, der bei der Aufdeckung der Waffenschiebungen behilflich gewesen war, erklärte am folgenden Morgen auf dem Geschäftszimmer der Hundertschaft vor einer Vernehmungskommission, nicht aussagen zu können, da für ihn Lebensgefahr vorhanden sei. **Dieser Einwand wurde anerkannt.** Am Nachmittag wurde ihm von Major Petri in Gegenwart des Majors Pohl, Führers der Abteilung Lichtenberg, zu denen er

von zwei Spitzeln begleitet

worden war, eröffnet, daß er sofort zur Abteilung Lichtenberg versetzt sei und nicht in die Kaserne zurückgehen dürfe. Ein anderer Beamter wurde am Nachmittag des gleichen Tages von Leutnant Zuchs in Gegenwart von Leutnant Malwitz vernommen, und es wurden ihm Schriftstücke verlesen, die ihn angeblich belasten sollten. Als besonders bedenklich wurde folgende Aeußerung erachtet: **„Ich bin Sozialdemokrat,** stehe auf dem Boden der Verfassung und billige das Verhalten der ZBV. nicht." In der Nacht wurde dieser und ein anderer Beamter geweckt und zu einer Geheimsitzung in ein verhängtes und verdunkeltes Zimmer geführt. Die „Angeklagten" mußten die Hände auf dem Rücken legen und sich an die Wand stellen. Hinter einer durch Tische gebildeten Barriere hatte das „Ehrengericht" im Halbdunkel Platz genommen. Den Vorsitz führte Zuchs, als Beisitzer fungierten Göbel, Meyer, Simon, Claus Poliet u. a., im ganzen etwa 40 Mann. Die beiden Beamten wurden darauf hingewiesen, daß sie sich vor einem Ehrengericht befänden und sich zu verantworten hätten. Man suchte aus ihnen herauszupressen, wer das Material geliefert hätte. Die Aussagen wurden protokolliert. Hierauf wurden sie zur Wache gebracht, das Sprechen wurde ihnen verboten, und erst um 4 Uhr morgens wurden sie entlassen.

Ein paar Tage später sagte Meyer auf der Schreibstube, jetzt endlich hätten sie die Verräter: es seien die Beamten Jasper und Brummler. Es wurde wiederum ein Ehrengericht zusammengestellt, das feststellen sollte, ob die Angeklagten „aus böser Absicht oder aus Dummheit" gehandelt hätten. Da die Aussagen eines Beamten stark belastend für die ZBV. waren, sprach man sich dahin aus, **daß Jasper zum Zweck der Entlastung der Hundertschaft einen Meineid schwören müsse.** Wenige Tage nach der Durchsuchung fragte Hauptmann Stennes die versammelte Hundertschaft, wer ihm folgen würde, falls die ZBV. gesprengt werden sollte. Die sich meldenden Beamten wurden in Listen eingetragen. Bei einer anderen Gelegenheit äußerte Stennes: „Mir ist zu Ohren gekommen, daß in der Hundertschaft das Gerücht von der Auflösung verbreitet ist. Darüber braucht sie sich keine Gedanken zu machen. Ich möchte den sehen, der es wagt, diesen Befehl zu unterschreiben. **Das wagt keiner der Herren. Früher wäre das wohl möglich gewesen, jetzt nicht mehr."**

Anfang dieses Monats erkundigte sich ein Beamter in der Justizabteilung des Kommandos Berlin nach dem Ergebnis der Untersuchung und es wurde ihm mitgeteilt, daß das Verfahren von der Staatsanwaltschaft niedergeschlagen worden sei! Den Justizoffizier Major Gerhardt wurden weitere Zeugen namhaft gemacht und die Wiederaufnahme der Untersuchung gefordert, da die Zeugen gewillt seien, wahrheitsgemäß auszusagen. Diese Mitteilungen wurden zu Papier genommen; bis jetzt ist jedoch nichts geschehen.

Es sei schließlich mitgeteilt, daß verschiedene Beamte der ZBV. damit beschäftigt wurden, Versammlungen der sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und auch Versammlungen der Polizeibeamten zu überwachen und darüber zu berichten. So hatte Wachtmeister Schmehling-Düringhofen den Spezialauftrag, den Republikanischen Führerbund zu bespitzeln. Die abgegebenen Berichte wurden zensiert und solche, die den Vorgesetzten besonders gefielen, wurden in der ganzen Inspektion bekanntgegeben. Von der ZBV. sind ungeheure Beträge für politische Agenten gezahlt worden, die auch erst dementsprechend gebucht, später aber umgefälscht oder nicht mehr notiert wurden.

Es liegt im Interesse der Allgemeinheit und nicht zuletzt im Interesse der Polizei selber, daß diese dunklen Vorfälle restlos aufgeklärt werden. Dies wird jedoch nur dann möglich sein, wenn von den Zeugen der Zwang und die ständige Bedrohung an Leib und Leben durch die Verschwörer genommen wird. („Vorwärts".)

50 Jahre dänische Sozialdemokratie.

Unser Glückwunsch und Gedenken gilt in diesen Tagen der Bruderpartei in Dänemark. Nach ruhm- und kampfreicher Vergangenheit, nach einer starken und lebensvollen Entwicklung kann sie heute mit Stolz und Befriedigung auf den Weg zurückblicken, den sie in den 50 Jahren ihres Bestehens gegangen ist — ein Weg, der trotz Kampf und Anfeindung immer nur aufwärts gegangen. Am 21. Juli waren es 50 Jahre her, seit in Kopenhagen die erste Nummer des Wochenblattes „Der Sozialist" mit einem Aufruf „An unsere Brüder, die Arbeiter Dänemarks" erschien — im Oktober werden es 50 Jahre, seit der „Internationale Arbeiterverein für Dänemark" als Abteilung der internationalen Arbeiterassoziation, der 1864 errichteten „Ersten Internationale" gegründet wurde. Das ist der Kern der heutigen dänischen Sozialdemokratie, der wir somit unsere brüderlichen Glückwünsche zum 50jährigen Jubiläum überbringen können.

Die ersten Jahre der Entwicklung der dänischen Arbeiterbewegung sind eng verknüpft mit dem Namen des Herausgebers jenes sozialdemokratischen Wochenblattes, Louis Pio. Obwohl er in jungen Jahren schon einen günstigen und geschätzten Posten in der Verwaltung inne hatte, verzichtete er auf Stellung und Ansehen, um sich ganz der sozialistischen Propaganda zu weihen. Pio ist eine leidenschaftliche, agitatorisch und rednerisch außerordentlich begabte Natur; die damals noch ganz ungeweckte Arbeiterklasse riß sein feuriges Temperament, die Kraft seiner revolutionären Hoffnung mit, aber er hatte auf die Dauer nicht die Fähigkeit des zähen, opfervollen Ausharrens der stetigen Kleinarbeit, die am Anfang aller sozialdemokratischen Bewegungen steht. Denn auch Dänemarks herrschende Klassen erkannten die Gefahr, die für ihr Fortbestehen in dem Erwachen der Arbeiterklasse lag, 1874 gelang es, die Internationale Sektion wohl aufzulösen — aber es gelang nicht mehr, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Zwar werden die Führer Pio und seine Helfer Brix und Geleff gefangen gesetzt und gehen außer Landes, aber die Presse und die Fachbewegung der Arbeiter bleiben bestehen und sind die nie zerbrochenen Keime der dänischen Arbeiterbewegung geblieben. An Stelle des mit dem Internationalen Arbeiterverein aufgeflogenen „Sozialisten", der seit 2. April 1872 schon als Tageblatt erschienen war, erscheint sofort darauf der „Sozialdemokraten" als das Blatt der sozialdemokratischen Arbeiter. Seit diesem 10. Mai 1874 ist der „Sozialdemokraten" das führende sozialdemokratische Blatt Dänemarks geblieben; an seine Seite sind nun 14 selbständige Blätter mit 42 Kopfblättern getreten, deren Gesamtauflage 175 000 Exemplare beträgt. Auch in nichtproletarischen Kreisen hat der „Sozialdemokraten", eine vornehm ausgestattete Zeitung mit sehr hohem geistigen und politischen Niveau in den nunmehr 50 Jahren seines Bestehens eine große Anhängerschaft gewonnen.

Nach dem Zusammenbruch der politischen Organisation im Jahre 1874 übernahmen zunächst die von Anfang an mit der Parteiorganisation eng verbundenen Gewerkschaften die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft. Aus den fachlichen Sektionen der Internationale entstanden die jetzigen Gewerkschaften, daneben wurde vorläufig ein „Demokratischer Arbeiterverein" gegründet, an dessen Stelle 1878 der „Sozialdemokratische Verband" trat; dieser ist heute die Zentralorganisation unserer Bruderpartei für das ganze Land.

Der Verlust Pios und sonstige Sorgen hemmten nur einen Augenblick lang die Arbeiterbewegung. Seit den 80er Jahren aber sind Partei wie Gewerkschaften in ständigem Aufschwung begriffen. Von der großen Bedeutung, die die Sozialdemokratie schon sehr früh im politischen Leben Dänemarks hatte, zeugt der entschlossene Kampf für Verfassung, Demokratie und Parlamentarismus, den die Partei an der Seite der Linken in den Jahren 1875 bis 1894 gegen den verfassungsbrecherischen Ministerpräsidenten Estrup geführt hat. Schon 1884 kamen die ersten zwei sozialdemokratischen Abgeordneten in die 2. Kammer des Folkething, jetzt sind es 32.

Die Sozialdemokratie ist heute die stärkste Partei Dänemarks; über 32 Prozent der abgegebenen Stimmen, nahezu viermal hunderttausend von 1 211 695, entfielen bei den letzten Wahlen auf sie. Ihre Kraft beruht vorzüglich in dreierlei. Einmal hat sie im Laufe ihrer Entwicklung kaum innere Streitigkeiten erlebt, wie auch jetzt Dänemark zu den wenigen glücklichen Ländern zählt, in denen außer ein paar winzigen, gänzlich unbedeutenden kommunistischen Absplitterungen noch die eine ungespaltene sozialdemokratische Partei unbestritten das klassenbewußte Proletariat repräsentiert und ein starkes frisches Leben führt.

Die zweite Hauptwurzel der raschen Entwicklung der Arbeiterbewegung ist die große Anhängerschaft der Partei auf dem Lande. Die demokratisch gesinnten Kleinbauern, wie vor allem die gedrückten Landarbeiter wurden schon früh von der kraftvollen Agitation des Sozialismus ergriffen; schon 1890 kam Harald Jarnsen als Abgeordneter für einen ländlichen Wahlkreis bei Aarhus ins Folkething. Heute stellt die ländliche Wählerschaft, deren geistige Schulung die beste der Welt ist, neben der hochentwickelten Industriearbeiterschaft von Kopenhagen den Hauptbestandteil der sozialdemokratischen Stimmen. Daraus läßt sich auch erkennen, daß die phrasenrevolutionäre Agitation keinen Boden in Dänemark findet. Es herrscht der zielbewußte Wille, zum Sozialismus zu gelangen auf dem Wege der Demokratie.

Und als drittes ist als Grundlage der dänischen Partei die enge Verbundenheit mit den Gewerkschaften zu nennen. Die Parteileitung entsendet zwei ständige Vertreter in den Vorstand des Zentralverbandes der Gewerkschaften und umgekehrt. Die meisten Gewerkschafter sind Angehörige der Partei, die auch in ihrer politischen Haltung jederzeit im Einklang mit den Gewerkschaften zu arbeiten bemüht ist.

Von Dänemark aus ging auch die Anregung zu den sozialdemokratischen Bewegungen in Schweden, wo 1874, und Norwegen, wo 1885 die ersten sozialdemokratischen Arbeitervereine gegründet wurden. Das internationale Zusammenarbeiten der skandinavischen Sozialdemokratie ist durch ein „Komitee für skandinavische Zusammenarbeit der Arbeiterbewegung" besonders eng.

Vor allem im Kriege hat dieses Komitee wertvollste Dienste für die Aufrechterhaltung des internationalen Zusammenhalts geleistet. Ebenso wird die deutsche Sozialdemokratie es den dänischen Brüdern nie vergessen, daß ihre großzügige Gastfreundschaft es uns in den schweren Jahren des Sozialistengesetzes ermöglichte, 1883 in Kopenhagen den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie abzuhalten.

Alle Friedensfreunde sind den dänischen Sozialisten zu tiefstem Danke verpflichtet für alle die Beweise eines ernsten Friedens- und Neutralitätswillens, für die unschätzbaren Hilfsdienste an den vom Kriege Betroffenen, die wir im und nach dem Kriege aus dem Nachbarlande im Norden erfahren haben.

Die dänischen Sozialdemokraten haben uns nicht nur entschiedensten Willen zu wohlwollender Neutralität bezeugt, sondern seit 1914 immer wieder Versuche gemacht, der Welt den Frieden wiederzugeben. So fand am 10. und 11. Oktober 1914 unter Vorsitz ihres Parteivorsitzenden Th. Stauning im Beisein des Gewerkschaftsführers Madsen und des Redakteurs Biorgberg vom „Sozialdemokraten" eine skandinavische Sozialistenkonferenz, am 24. Oktober eine internationale Konferenz der neutralen Länder statt, und die Kopenhagener Konferenz vom 15. und 16. Januar 1915, zu der außer den skandinavischen Ländern und Holland auch Italien, die Schweiz und Amerika als Gäste geladen waren, versuchte Wege der sozialdemokratischen Friedensvermittlung aufzufinden. Auch später hat sich die dänische Sozialdemokratie immer wieder bereit gefunden, im Sinne des Friedens zu wirken, ja sich sogar bereit gefunden, zu diesem Ziel in die Regierung einzutreten.

Wenn nach dem Kriege die Internationale so schnell wieder auferstehen konnte, so ist das nicht zum wenigsten das Verdienst dieser unermüdlichen Arbeit gewesen, die durch alle Fährnisse des Weltkrieges hindurch die Grundlage einer internationalen Verflechtung und Solidarität der Arbeiterbewegung Europas bewahrt hat. Wir Deutschen schulden den dänischen Brüdern und Schwestern außerdem unauslöschlichen Dank für die großzügige und wahrhaft brüderliche Kinderhilfe, mit der der Name des Genossen Nielsen immer verknüpft sein wird. Wir wissen auch, daß unsere deutschen Volksgenossen, die in Nordschleswig abgetrennt worden sind, bei ihnen brüderlich-internationale Gesinnung finden.

Wenn der deutsche Delegierte zum dänischen Jubelfest den Brüdern im Norden die Grüße der deutschen Partei bringt, der der dänischen Bewegung geistig so eng verwandt ist, so sind sie voll Dank für die treue Brüderlichkeit und voll Vertrauen, Hoffnung und Stolz auf den gemeinsamen Weg zum gemeinsamen Ziel des Sozialismus.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 25. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		25. Juli.	23. Juli.
Holland	100 fl.	2457.50	2440.—
Kopenhagen	100 Kr.	1200.—	1187.50
Stockholm	100 Kr.	1607.50	1597.50
Kristiania	100 Kr.	1017.50	997.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	127.—	126.50
Schweiz	100 Frs.	1292.50	1275.—
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.50	10.75
Budapest	100 K.	24.—	24.25
Prag	100 K.	100.—	100.75
Spanien	100 Pesetas	1012.50	997.50
London	1 £	282.25	278.75
Paris	100 Frs.	608.—	602.—
Belgien	100 Frs.	597.—	590.—
Italien	100 Lire	343.50	347.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	79.12	77.75
do. briefl. Ausz.	od. Scheck	79.12	77.62
Bukarest	100 Lei	106.50	—.—

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Für die kommenden Bürgerschaftswahlen

ist die Gewinnung neuer Abonnenten für den Lübecker Volksboten und die Werbung weiterer Mitglieder für die

✧ Sozialdemokratische Partei ✧

Pflicht jedes Genossen!

a 4511

Friedrich Köhler
Margot Köhler
geb. Severin.
4494) Vermählte.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten danken D. O.

Nach langem schwerem Leiden entschlief am 25. Juli abends 8½ Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter (4511
Pauline Möller
geb. Majewski
im 47. Lebensjahre.
Lübeck, 26. Juli 1921.
Segebergstr. 4.
In tiefer Trauer
J. Möller nebst Kindern und Angehörigen.
Die Trauerfeier findet am Freitag, d. 29. Juli nachm. 2½ Uhr i. d. Kap. d. Vorw. Friedhof. statt.

Sozialdemokr. Verein
Am 24. 7. starb unser Genosse (4497
H. Hoffmann.
Ehre seinem Andenken.
Beerdigung Donnerstag, d. 28., nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorw. Friedhof.

Deutscher Metallarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.
Am Sonntag, dem 24. d. Mts. starb unser Kollege (4504
Heinrich Hoffmann.
Bez. 3.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Die Ortsverwaltung.

Nach kurzer Krankheit verschied unser Kollege, Former
Willi Loohf,
Schlatup.
Er war uns allen ein lieber Kollege, dessen Andenken wir in Ehren halten werden. (4505
Arbeiterschaft des Hohofenwerks, Lübeck.

Am 21. Juli starb nach kurzer Krankheit der Theatertischler
Carl Horstmann
im Alter v. 49 Jahren.
Das Stadttheater verliert in dem Entschlafenen einen langjährigen, pflichtgetreuen und tüchtigen Mitarbeiter, dessen Andenken stets in Ehren gehalten zu werden verdient. (4513
Die Theaterbehörde.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltg. Lübeck.
Nachruf.
Am Sonnabend, dem 23. d. Mts. starb unser treuer Kollege, der Hafenarbeiter (4512
Aug. Grabbert.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 28. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Treffpunkt der Kollegen daselbst 3¾ Uhr. (4512
Die Ortsverwaltung.

Gef. T.- o. M.-Mädch. z. 1. 8. 4484) Beckergrube 60, II.

Saub. Tagfrau gef. (4495 **Lethen.** Klemenstwiete 12.

Gesetztes Dienst- od. Tagesmädchen für 1. August bei hohem Lohn gesucht. 4489) Schulstraße 9 b.

---

1 jg. landwirtsch. Arbeiter, eben. verh., sucht Arbeit u. Wohn. in Deputat. Ang. u. **S S** an d. Exp. (4482

Logis für Herren zu verm. 4496) Kl. Kiesau 16.

Schlutup. 2-Z.-Wohnung geg. gleiche zu tausch. gesucht Näh. **Tiekbar, Schlutup.** (4490

---

1 H.-Fahrr. m. G. b. z. v. 4481) Segebergstr. 24, II, l.

---

1 Paar weiße Kinderstiefel, Gr. 36, zu verkaufen. 4503) Glandorpstr. 45, II. l.

Nähmasch., gleichm. näh., **Kinderwag.**, guterh. z. v. 4502) Wahmstraße 71.

Z. v. 2 Kerl. u. -Häf.-, Od.-T.-, Sch.-Gard. Schüsselb. 12.

---

2 weiße Milchziegen zu verk. Ziegelstr. 124. (4500

Große und kleine Zugänger und ein Satz Ferkel billig zu verkaufen. 4506) **P. Stüwe.** Schönböckener Str. 18.

NEU! NEU!
Das neue Lohnsteuergesetz
(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
Dargestellt und erläutert von **Wilhelm Keil.**
Preis Mk. 2.50.
Muß jeder Lohnsteuerpflichtige noch vor dem 1. Aug. gelesen haben.
Bestellungen sofort an die
Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Eine hohe Belohnung
sichere ich demjenigen zu, der imstande ist, irgend welche Angaben über den bei mir in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag erfolgten Einbruch zu machen, die zur Ermittelung der Täter herbeiführen können.
Hermann Voss, Uhrmacher,
4508) **Breite Straße 36.**

Die sprunghafte Erhöhung der Butterauktions-Preise,
auf die wir ebenso wenig wie die Landwirtschaft irgend welchen Einfluß ausüben können, zwingt uns zur Erhöhung der Milchpreise, da die Milch vertragsmäßig nach dem Butterauktionspreise bezahlt werden muß. In der Hoffnung auf ein Fallen der Butterauktionspreise haben wir die Milch zunächst **unter Einkaufspreis** zum Teil 30—40 Pfg. pro Ltr. billiger abgegeben, als wie umliegende Landmereien. Wir können solchen Zustand zu unserm Bedauern auf die Dauer natürlich nicht aufrecht erhalten.

Es kostet ab heute die Vollmilch Mk. 2.60 pro Ltr.
Mager- und Buttermilch „ 1.20 „ „

Unsere Degermamilch gelangt ab heute, in täglich neuer frischer tadelloser Zufuhr, bei unseren Händlern und in unserer Verkaufsstelle zum Preise von Mk. 3.20 pro Flasche zum Verkauf.

Butter geben wir unseren Genossen gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches in unserer Verkaufsstelle, Königstraße 13, **zum Vorzugspreise** ständig ab.

Lübecker Gemeinnützige Milchversorgung
4509) **e. G. m. b. H. zu Lübeck.**

In ½ Stunde vernichten Sie unter **Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-Läuse** sow. Brut (Niss.) **Wanzen, Flöhe** b. Mensch. u. Tier. p. g. M. Wund. Zusch. Verk. nur **Heinr. Wiese,** Aegidienstr. 4. Pr. 5 u. 7.50 M. Postvers.

Sparsam ist Cafetin
weil die zur Verarbeitung kommenden Rohstoffe — in erster Linie Malzgerste — so eingehend bearbeitet werden, dass jedes Atom beim Aufbrühen restlos ausgenutzt wird. Darum brauchen Sie auch nur für 10 Pf. **Cafetin** (1 Esslöffel gestrichen voll), um 1 Liter (5—6 Tassen) kräftig schmeckenden Kaffee zu erzielen.

Schlafzimmer, Korbsessel, Worbsweder Möbel 4488
billigst u. in bester Qualität.
Fischstr. 21.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Möbel 4485
Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen.
Boldts Möbellager
Fischergrube 27.

Gerste für Hühner, Gerstenschrot für Schweine
zu billigen Tagespreisen.
Dampfmühle
Carl Moll
Alsheide 12—14.
4493) Telephon 324.

Sozialdemokrat. Frauen.
Versammlung
am Mittwoch, d. 27. Juli
abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
4507) Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
Ordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 27. Juli
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus,
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quart.
2. Lohnfrage.
3. Verschiedenes.
4510) Die Ortsverwaltung.

Heute u. folgende Tage:
Prima 4487)
junges Fleisch
sowie zum Sonnabend hochfeine gekochte
Mettwurst.
Herm. Dose
Roßschlachterei m. elekt. Betr.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Louisenlust.
Morgen Mittwoch: **Tanz.** (4479) Damen Eintritt frei.

Kolosseum Ball
Jeden Mittwoch und Sonnabend Anfang 6 Uhr.
Heinrich Oade.
4478)

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
sämtlicher
Hafenarbeiter
am Mittwoch, d. 27. Juli
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht von der Hafenarbeiter-Konferenz in Hamburg.

Versammlung
der
Roll- und Blockwagenkutscher
am Mittwoch, d. 27. Juli
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
4499) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater
Heute Dienstag:
8 Uhr. 8 Uhr.
Der große Schlager.
Wenn Männer schwindeln . . . !
Schwank-Operette in 3 Akten v. Walter Goetze.
Morgen Mittwoch:
Nochmaliges Gastspiel des weltberühmten
Balalaika-Orchesters
mit dem 4501)
phänomenalen russischen Solotänzer Iwan Orlik.

Stadttheater Lübeck.
Anf. 7½, Dienstag, 26. Juli:
Zar und Zimmermann.
Anf. 7½, Mittwoch, 27. Juli:
Die Seele schwinget sich.
Anf. 7½, Freitag, 29. Juli:
Gastspiel Frau Dorris Kent-Rothaug. (4496
„Mignon“.

Beilage zu Nr. 172
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 26. Juli 1921

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 26. Juli.

Achtung, Delegierte des Ortsausschusses und Gewerkschaftsvorstände. Am Freitag, dem 29. d. Mts., abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung des Ortsausschusses mit den Vorständen der Gewerkschaften statt. Eingeladen sind zu dieser Sitzung auch die Delegierten der Afa und die Vorstandsmitglieder der in der Afa zusammengeschlossenen Organisationen.

Der Vorstand des A. D. G. B. und der Afa.

Aus der Bürgerschaft.

Beihilfe an Erwerbslose. — Tariferhöhung bei der Straßenbahn. — Ein städtischer Bebauungsplan für Kücknitz.

Im Rathaus kam es am Montag zu äußerst zugespitzten Debatten. Aus kleinen Ursachen wurden große Wirkungen. Aber die Auswirkungen werden nicht, wie die vereinigte Rechte des Hauses glaubte, zu ihren Gunsten ausschlagen, obwohl die nahenden Bürgerschaftswahlen manchem kühnen Streiter einen Floh ins Ohr gesetzt haben. Die Herrschaften glaubten, wunder wie schlau zu operieren, doch wenn sie sich ihre Tiraden genauer ansehen, dann werden sie dem Vergleich mit dem bekannten Lohgerber nicht ausweichen können. Das erste Verbrechen glaubte Herr Schiemann entdeckt zu haben, der bei Beratung der besonderen Beihilfen an langfristige Erwerbslose aus der Rede des Senators Friedrich herauslesen wollte, daß dieser sich mit dem Antrag Dreger beschäftigt habe, ohne daß er der Bürgerschaft bekannt gewesen sei. Ein solcher Vorstoß schien dem zu Anfang seiner Bürgerschaftstätigkeit so redseligen Herrn ganz ungeheuerlich. Ungeheuerlicher aber ist es, daß einem so schlauen Herrn das ewige Licht nicht leuchtete, oder besser, daß ihm nicht einleuchtete, der Herr Senator könnte sich vorher mit der Berliner Behandlung der Erwerbslosensonderbeihilfe beschäftigt, Rückschlüsse auf unsere Verhältnisse gezogen und Berechnungen angestellt haben. Die Erklärung ist sehr einfach. Senator Friedrich schaut als alter, mit den Elendsverhältnissen der Arbeiter vertrauter Mann über den Bannkreis hinaus, während andere Leute mit dem Sichtverlust der goldenen Turmspitzen das Interesse am Weltgeschehen verlieren, falls nicht hansabündlerische Interessen über dem Berge winken. Da liegt des Pudels Kern. Viel wichtiger aber als eine persönliche Verschnupfung, die auf Herrn Dr. Wittern ansteckend wirkte, war die Frage, was den Erwerbslosen als Sachleistung geboten werden soll. Herr Albers schnitt die Frage mit einem Seitenhieb auf die Bekleidungsstelle an und Genosse Haut pflichtete ihm bei, daß, wenn schon einmal keine Barvergütung gestattet sei, dann wenigstens Preiswertes geliefert wird. Es ist selbstverständlich, daß die außerordentliche Beihilfe nicht dazu benutzt werden darf, um die „alten Klamotten", wie Genosse Haut sagte, loszuschlagen. Gerade die lange Zeit Arbeitslosen bedürfen guter, dauerhafter Waren. Ein Proletarier, ein Kaufmann und ein Pastor die den großen Rat bilden, werden schon richtig schätzen. Dies wird dn Herren um so leichter sein, als auch vom Senat größte Liberalität zugesichert wurde. Genosse Dreger trat wirkungsvoll für bedeutende Erweiterung der Senatsvorlage ein. Der Ausschuß, der den Antrag zu prüfen hat, wird nicht umhin können, den durchschlagenden Gründen zuzustimmen.

Der Senat hatte ferner unter seinen 39 Vorlagen auch eine solche über die Erhöhung der Straßenbahntarife eingereiht. Es war ja nicht im entferntesten anzunehmen, daß dieser einschneidende Antrag so sang- und klanglos geschluckt wurde, und doch war die vereinigte Rechte konsterniert, weil man über eine solche Kleinigkeit nicht ohne weiteres stolperte. Herr Senator Strack wollte mit lächelnder Grandezza plausibel machen: so und nicht anders muß die Chose fahren. Und als diese Lockung bei der sozialdemokratischen Fraktion nicht zog, da wurden die schweren Wagen vorgefahren, wurde vom Streik und Politik geredet und liebe alte Gewohnheiten aufgewärmt. Sonderbar, sehr sonderbar. Wir sind für gute Gründe zu haben, auch dann, wenn sie nicht mit Langgeschützglycerinsalbe durchtränkt sind. Nun soll der Straßenbahnerstreik schuld sein, daß die rechnerischen Unterlagen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten! Ist denn nur ein Monat und nur ein Jahr als Material vorhanden? Konnte nicht das Vorjahr unter Zugrundelegung der veränderten oder wahrscheinlichen Frequenz in Ansatz gebracht werden? Nein, gerade den Mai 1921 mußte man haben und den haben die Straßenbahner mit ihrem Streik verschandelt. Und bessere Vorschläge sind nicht gekommen. Der Betriebsrat hat keinen gefunden, aber der Angestelltenrat, ja, der stimmte dem Vorschlage der Betriebsbehörde einstimmig zu. Damit war nach Herrn Dr. Wittern die neue Majestät gekränkt und die Mißstimmung legte sich auf die sozialdemokratische Fraktion, die bald ihre Quittung erhalten wird. So kalkuliert Herr Dr. Wittern und mit ihm schmunzelten die Demokraten. Die Einwände unserer Fraktionsredner, der Genossen Dreger und Haut verhallten und so konnte die Rechte den „Erfolg" buchen, die Vorlage mit einfacher Mehrheit angenommen zu sehen. Erzielt für den Staat ist damit gar nichts, und im Konto „Wahlpropaganda" werden die Rechtsparteien den Posten auch streichen müssen. Denn daß ihnen ein Wähler diesen Streich danken wird, ist kaum anzunehmen.

Genosse Schermer setzte noch einen Antrag zugunsten der auswärts wohnenden Schüler durch und bei anderen Vorlagen, so bei der Beratung über die Spielplatzfragen, Verkauf von Landflächen auf dem Priwall, beim Antrag über den Anschluß lübeckischer Landgemeinden an das Hochspannungsnetz des Kreises Herzogtum Lauenburg brachten u. a. unsere Genossen Heinrich und Anton Puls, Hagelstein und Adolf Löwigt ihre Anregen und Einwendungen vor.

Eine wichtige Vorlage behandelte den Bebauungsplan für Kücknitz und Herrenwyk. Herr Neumark forderte Kommissionsberatung, da hier die Industrie ein gewichtiges Wort mitzureden haben müsse. Dort würden sich die Stützpunkte der Industrie ausbilden, und um diese zu fördern, bedürfe es nicht nur Wasser und Eisenbahn, sondern guter Wohnungsgelegenheit für Arbeiter und Angestellte. Der Redner forderte einen großzügigen Bebauungsplan mit städtischem Einschlag. Es ist nur zu wünschen, daß bei der Ausgestaltung des Industriegeländes großzügige Gesichtspunkte angewandt werden, damit wir nicht abstoßende, langweilige Kolonien schaffen, wie sie im rheinisch-westfälischen Industrierevier vorherrschend sind.

Um 10 Uhr war die endlose Tagesordnung noch nicht erschöpft.

Vertretung im Senat. Während der Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit des Senators Dr. Vermehren und des Senatssyndikus Dr. Plessing hat Senator Strack den Vorsitz in der Friedhofsbehörde übernommen.

Von der Bautätigkeit in Lübeck. Das Statistische Amt teilt mit: Im 2. Vierteljahr 1921 sind nach den Feststellungen des Statistischen Amtes 32 (1920: 80) Häuser neu gebaut und zwar 23 Einfamilienhäuser, 7 Häuser mit je 2 Wohnungen, 1 Haus mit 4 und 1 mit 6 Wohnungen. Die Zahl der in diesen Neubauten entstandenen Wohnungen betrug 47, von denen 12 je 3, 8 je 4, 20 je 5, 5 je 6 und 2 mehr als 6 Wohnräume (einschl. Küche) hatten. Durch Teilung, Um-, An- und Aufbau sind ferner 143 Wohnungen hergestellt und 14 beseitigt. Es sind also im ganzen 176 (311) Wohnungen in Zugang gekommen. Der fortgeschriebene Wohnungsbestand der Stadt Lübeck erhöht sich dadurch auf 30 849 Wohnungen mit 132 119 Wohnräumen.

Weibliche Arbeitskräfte gesucht. Vom hiesigen Telegraphenamt wird uns geschrieben: Für den Dienst bei dem Fernsprechamt in Hamburg können Bewerberinnen im Alter von 17 bis 30 Jahren als Helferinnen eingestellt werden; sie haben Aussicht auf baldige Uebernahme in das Beamtenverhältnis, soweit es sich um dauernd erforderliche Dienstposten handelt. Während der ganzen Helferinnenzeit erhalten sie Bezahlung. Diese beträgt für junge Mädchen im Alter von 17 bis 21 Jahren, jährlich steigend, 637—743 Mk. monatlich, abgesehen von der Ausbildungszeit von 8 Wochen, während der nur 60 v. H. dieser Bezüge gezahlt werden; ältere erhalten von vornherein eine höhere Vergütung. Nach der Ueberführung in das Beamtenverhältnis (als Anwärterinnen, später Telegraphengehilfin) richten sich die Bezüge nach den Besoldungsvorschriften für Beamte. Diese Bezüge sind zunächst zwar niedriger als die der Helferinnen, steigen aber später bis zu 1027 Mk. monatlich. Für den anfänglichen Ausfall entsteht ein Ausgleich durch den Fortfall der Krankenkassen- und Angestelltenversicherungs-Beiträge sowie durch die lebenslängliche Versorgung. Nach etwa 9 Jahren erfolgt die Anstellung als Betriebsassistent auf Lebenszeit mit Anspruch auf Ruhegehalt nach den allgemeinen für die Anstellung maßgeblichen Grundsätzen. Die Anfangsbesoldung der Betriebsassistenten beträgt (nach den heutigen Sätzen einschließlich Teuerungszuschlag 12 750 Mk., die Endbesoldung 18 700 Mk. jährlich. Die Beamtinnen erreichen nach Ablegung der Assistentenprüfung den Zutritt zu Assistenten und Sekretärstellen nach Maßgabe des dienstlichen Bedürfnisses. Die Besoldungen in diesen Gruppen steigen bis 19 720 bezw. 21 590 Mk. jährlich. Strebsamen Beamtinnen bietet sich weiter die Möglichkeit, auf Grund der vorgeschriebenen Prüfungen in die Stellen des gehobenen mittleren Dienstes (Obersekretär usw.) aufzurücken. Ihre Bezüge decken sich dann mit denen der männlichen Beamten in gleichen Stellen. Alle weiteren Auskünfte über die Annahmebedingungen erteilt mündlich die Personalstelle des Fernsprechamts in Hamburg.

Billigere Telegramme nach Amerika. Eine neue Gebührentafel für Telegramme wird am 1. August eingeführt. Sie bringt eine billigere Wortgebühr für Funktelegramme nach Amerika und darüber hinaus infolge der Herabsetzung des Anteils für die Funkstrecke zwischen Deutschland und Nordamerika um etwa 25 Prozent. Nach der Stadt Neuyork kostet das Wort statt 19,50 Mark nur noch 15 Mark, nach den übrigen Anstalten des Staates Neuyork und anderer Neuenglandstaaten 17,50 Mk., so nach Connecticut, Delaware, Massachusetts, Neu-Jersey, Pennsylvania und Vermont. Auch die teuersten Telegramme werden auf dem Funkwege ermäßigt. Nach den Inseln Bonairs und Aruba kostet das Wort statt 112,50 Mark „nur" 105 Mark. Der drahtlose Weg ist aber nicht mehr durch das Wort Funk, sondern durch die Bezeichnung „Transradio" anzugeben. Die übrigen Telegramme bleiben unverändert.

Unberechtigte Notgeldausgabe. In letzter Zeit ist von Privaten ohne staatliche Genehmigung Notgeld (Wechselscheine usw.) ausgegeben worden. Ein Bedürfnis dafür lag nicht vor, da die Stadtkasse Notgeld ausgegeben hat und die Münzprägungen so gesteigert worden sind und weiter gesteigert werden, daß eine ausreichende Versorgung des Verkehrs mit Kleingeld gewährleistet ist. Die unbefugte Ausgabe von Notgeld kann mit erheblichen Strafen geahndet werden. — Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die unsinnige Sammelwut und Zurückhaltung von Kleingeld hingewiesen. Namentlich sind die blanken 50-Pfennigstücke aus Aluminium ein beliebtes Objekt. Der Materialwert der kleinen Münzen ist viel geringer als der Nennwert und deswegen das Sammeln von Kleingeld für den einzelnen völlig zwecklos. Da aber die Herstellung dieser an sich geringwertigen Münzen erhebliche Unkosten verursacht, gehen infolge des Festhaltens des Kleingelds beträchtliche volkswirtschaftliche Werte verloren.

Jugendheim. Seit einer Woche ist das Jugendheim an der Dornbreite der Jugend zur Verfügung gestellt und wird bereits fleißig besucht. Die Sammlung hat Mk. 18 285.— ergeben. Das erste Gabenverzeichnis wird in der nächsten Nummer der „Lübeckischen Jugendwohlfahrtsblätter" veröffentlicht. Die Mittel dienten für die erste Einrichtung und sind verbraucht. Es fehlt aber noch so manches, und wir bitten alle Freunde der Jugend, die unser Heim bisher noch nicht unterstützten, auch einen kleinen Beitrag der Commerzbank unter Jugendheim zu überweisen, damit das Heim so eingerichtet werden kann, daß es bescheidenen Ansprüchen gerecht wird. Dringend erforderlich ist der Ausbau der Jugendbücherei. Die Schundliteratur bekämpft man wirksam nicht durch Verbote, sondern indem man gute Bücher an die Jugend heranbringt. Ebenso besitzen wir erst einen kleinen Grundstock einer Lichtbildersammlung, und diese ist wertvoll zur Unterstützung der Vorträge zwecks Fortbildung. Wir sind daher auch dankbar für die leihweise Ueberlassung guter Negative, nach denen wir die Lichtbilder selber herstellen können. Gaben für das Jugendheim werden im Jugendamt, Parade 1, gern angenommen.

Stapellauf. Auf der Vulkanwerft in Stettin liefen zwei für die Rolandlinie in Bremen erbaute Schwesterschiffe von je 6000 Tonnen Tragfähigkeit vom Stapel. Jedes der beiden Schiffe ist 110 m lang und 15,5 m breit.

Gobseck.

Erzählung von H. de Balzac.

7. Fortsetzung

„Ich bin bereit, Sie sofort hinzuführen," kam ich ihm zuvor.

Als wir in der Rue des Grais anlangten, sah sich der Dandy mit einer gespannten Aufmerksamkeit und innerlichen Unruhe, die mich in Erstaunen setzte, nach allen Seiten um. Sein Gesicht wurde bald bleich, bald rot, bald gelb, und einige Schweißtropfen perlten auf seiner Stirn, als wir an die Tür des Hauses gelangten. In dem Augenblick, wo wir unserm Kabriolet entstiegen, bog ein Fiaker in die Rue des Grais ein. Mit dem ihm eigenen scharfen Blick erkannte de Trailles halb versteckt auf dem Rücksitz die Gestalt einer Frau. Eine Art wilder Freude huschte über seine Züge. Er rief einen Gassenjungen heran, der gerade vorbei ging, und gab ihm sein Pferd zu halten. Wir stiegen gemeinsam zu dem alten Geldverleiher hinauf.

„Mein verehrter Herr Gobseck", redete ich ihn an, „ich bringe hier einen meiner intimsten Freunde (dem ich so wenig traue, wie dem Teufel selbst — setzte ich leise und nur für den alten Mann hörbar hinzu), nach meinem Gutdünken werden Sie ihm wohl gefällig sein können (zum gewöhnlichen Zinssatze) und ihn aus einer peinlichen Verlegenheit befreien (wenn Ihnen die Sache paßt).

Trailles verbeugte sich vor dem Wucherer, nahm auf einem Stuhle Platz und befleißigte sich, während er ihm zuhörte, einer geradezu kurtisanenhaften Liebenswürdigkeit, die Sie in ihrer graziösen Gemeinheit einfach bezaubert hätte. Mein Gobseck aber blieb unbeweglich, unnahbar auf seinem Stuhl zur Seite des Kamins sitzen. In diesem Augenblick glich er der Büste Voltaires, wie man sie des Abends im Peristyl des Theatre francais betrachten kann. Wie zum Gruße erhob er ein wenig die Mütze, mit der er sein Haupt bedeckte, und das Stückchen gelblicher Schädelhaut, das bei dieser Gelegenheit zum Vorschein kam, vervollständigte noch den Eindruck des marmorhaften.

„Ich habe nur für meine bewährten, alten Kunden Geld", sagte er.

„Sind Sie mir denn also wirklich so böse, weil ich mich anderswo als bei Ihnen ruiniert habe?" entgegnete der Graf lächelnd.

„Ruiniert?" wiederholte Gobseck mit ironischem Tonfall.

„Sie wollten mir doch wohl nicht sagen, daß man nicht auch einen Menschen, der nichts hat, ruinieren kann? Aber ich wette mit Ihnen, daß Sie in ganz Paris kein schöneres Kapital als dies finden", setzte der fashionable Herr hinzu, indem er sich auf seinem Absatz herumdrehte.

Dieser Scherz, in dem fast ein tiefer Ernst zu stecken schien, reichte nicht aus, um Gobseck umzustimmen.

„Bin ich denn nicht der intimste Freund Ronquerolles, de Marsays, der Franchessini, der beiden Vandenesse, Ajuda-Pintos — kurz und gut aller jungen Leute, die augenblicklich in Paris in Mode sind? Ich spiele halbpart mit einem Prinzen und einem Gesandten, die Sie kennen. Ich beziehe mein Einkommen aus London, aus Karlsbad, aus Baden-Baden, aus Bath, aus Spaa. Ist das nicht die glänzendste aller Industrien?"

„Warum nicht."

„Sie machen ja einen Schwamm aus mir, zum Donnerwetter! Und Sie ermutigen mich dazu, mich inmitten der großen Welt vollzusaugen, damit Sie mich dann in kritischen Augenblicken auspressen können. Aber Sie und Ihresgleichen, Sie sind auch nur Schwämme — und eines Tages wird der Tod Sie auch auspressen."

„Möglich."

„Was sollte denn aus Ihnen werden, wenn es keine Verschwender gäbe? Wir beide stehen in demselben Verhältnis wie Körper und Seele."

„Ganz richtig."

„Vorwärts also, reichen Sie mir die Hand zur Versöhnung, Papa Gobseck, und seien Sie großmütig — stimmt, nicht wahr — richtig — möglich?"

„Sie kommen zu mir", entgegnete der Wucherer in kühlem Tone, „weil Girad, Palma, Werbrust, und Gigonnet mit Ihren Wechseln den Bauch schon bis oben an voll haben und sie überall mit fünfzig Prozent Damno feilbieten. Da diese Leute übrigens nicht mehr als fünfzig Prozent Valuta ausgezahlt haben, so sind sie ja auch unter Brüdern gar nicht mehr wert. Zum Teufel auch! Kann ich denn anständigerweise einem Menschen, der dreißigtausend Franken schuldet und keinen Sou sein eigen nennt, noch eine Centime borgen?" rief Gobseck. „Sie haben erst vorgestern auf dem Ball beim Baron Nucingen zehntausend Franken verloren!"

„Verehrter Herr Gobseck", entgegnete der Graf mit einer bewunderungswürdigen Unverschämtheit, indem er den Geldverleiher vom Kopf bis zu den Füßen maß, „meine Sachen gehen Sie gar nichts an. Wer Kredit hat, der schuldet nichts."

„Richtig."

„Meine Wechsel werden bezahlt werden."

„Möglich."

„In diesem Augenblick beschränkt sich die Frage zwischen uns darauf, ob meine Garantien Ihnen für die Summe, die ich borgen möchte, genügen."

„Richtig."

Das Geräusch der Droschke, die vor der Tür anhielt, war oben im Zimmer hörbar.

„Ich werde etwas holen", sagte der junge Mann, „womit Sie vielleicht zufrieden sein werden". Dann ging er eilig hinaus.

„Ach, mein Söhnchen!" rief Gobseck, indem er sich erhob und mir die Hände entgegenstreckte. „Wenn er ein gutes Pfand hat — du rettest mir das Leben! Ich wäre darüber zugrunde gegangen. Werbrust und Gigonnet haben geglaubt, mir einen Possen zu spielen. Durch deine Beihilfe werde ich heute abend in der Lage sein, auf ihre Kosten zu lachen."

Die Freude des alten Mannes hatte etwas geradezu Schreckenerregendes an sich. Dies war das einzige Mal, daß er sich mir gegenüber zu einem Gefühlsausbruch hinreißen ließ. Und wie kurz das Aufflackern der Stimmung auch bei ihm gewesen sein mochte — es blieb mir doch für alle Zeiten im Gedächtnis haften.

„Erweisen Sie mir den Gefallen, hier zu bleiben", bat er jetzt. „Ich bin zwar wohl vorbereitet und bewaffnet: ich bin meines Schusses sicher, wie es eben ein Mann ist, der früher Tiger gejagt und manches Stückchen auf Kauffahrern mitgemacht hat, wenn es siegen oder sterben hieß. Und doch mißtraue ich diesem vornehmen, eleganten Hallunken."

Er setzte sich wieder auf seinen Lehnsessel vor den Schreibtisch. Sein Gesicht war ruhig aber leichenblaß.

„Ach Gott, ach Gott!" rief er plötzlich, indem er sich mir zuwandte. „Jetzt werden Sie also das schöne Geschöpf zu sehen bekommen, von dem ich Ihnen einmal erzählt habe. Ich höre einen leichten, aristokratischen Schritt auf dem Gange."

Und wirklich! Der junge Mann trat jetzt ein und führte eine Dame an der Hand, die ich als die Gräfin erkannte, die mir Gobseck im Zusammenhange mit seiner morgendlichen Szene in ihrem Schlafzimmer seinerzeit geschildert hatte. Sie war eine von den Töchtern des biedern, alten Goriot.

Die Gräfin sah mich anfänglich nicht. Ich stand in der Fensternische mit dem Gesicht auf die Scheiben. Als sie das düstere, feuchte Zimmer des Wucherers betrat, warf sie Maxime einen Blick ängstlichen Mißtrauens zu.

Sie war so schön, daß ich sie trotz aller ihrer Untaten bedauern mußte. Eine furchtbare Angst wühlte offenbar in ihrem Innern; ihre edlen, stolzen Züge hatten etwas konvulsivisch Verzerrtes an sich, das zu verbergen ihr nicht gelang. Der junge Mann war zu ihrem bösen Genius geworden.

Ich bewunderte Gobseck, der auf einen einzigen Wechsel hin das Schicksal dieser beiden Geschöpfe schon vor vier Jahren erkannt und vorausgesagt hatte.

„Vielleicht, daß dies Ungeheuer in der Gestalt eines Halbgottes eine unheilvolle Macht über sie besitzt", dachte ich bei mir. „Vielleicht, daß er sie mit allen Triebfedern menschlicher Veranlagung willenlos leitet: durch Eitelkeit, Eifersucht, Genuß und alle berauschenden Verführungen der großen Welt?"

„Ich weiß, ich weiß", unterbrach die Vicomtesse. „Selbst aus den Tugenden dieser Frau hat er sich Waffen gegen sie zu schmieden gewußt. Er hat sie Tränen verzweiflungsvoller Ergebenheit vergießen machen; er hat den unserm Geschlechte angeborenen Edelmut bis zum äußersten zu treiben und ihre Liebe zu mißbrauchen und betrügen gewußt, um ihr einen verbrecherischen Freudentaumel teuer genug zu verkaufen!"

(Fortsetzung folgt.)

Stadttheater. Heute Dienstag gelangt „Zar und Zimmermann" und am Mittwoch „Die Seele schwinget sich" zur Wiederholung. Am Freitag wird die Oper „Mignon" aufgeführt. In dieser Oper wird unser früheres Mitglied, Frau Dorris Kent-Rotaug vom Stadttheater Hamburg als Gast die Philine singen.

Hansa-Theater. Die am Sonntag stattgefundene Erstaufführung der Schwankoperette „Wenn Männer schwindeln ..." hatte einen großen Erfolg. Morgen Mittwoch wird das so beifällig aufgenommene Gastspiel des russischen Balalaika-Orchesters mit dem phänomenalen russischen Solotänzer Iwan Orlik, der als Meister des russischen Charaktertanzes gilt, wiederholt.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 26. Juli morgens 6 Uhr 21½°; mittags 12 Uhr 21½° Celsius.

n. **Schlutup.** Eine unerhörte Tierquälerei ließ sich kürzlich der frühere Schlachter Bahr in Selmsdorf zuschulden kommen. Der Mann hatte im Uebermut mit einem Lastkraftwagenlenker vereinbart, daß er mit seinem Einspänner mit dem Kraftwagen um die Wette fahren und diesen überholen werde. Die unsinnige Abmachung wurde ausgeführt. Die tolle Jagd ging von Maiwalds Gastwirtschaft aus bis nach Selmsdorf. B. blieb „Sieger", mit dem Erfolg, daß sein Pferd, für das ihm morgens noch 22 000 Mk. geboten waren, tot zusammenbrach. Aus diesem Vorkommnis sieht man wieder einmal, wie gewisse Leute ihre Zeit totschlagen und das Geld zum Fenster hinauswerfen, während andere nicht aus den Sorgen herauskommen. Die Empörung der Bevölkerung über diese Tierquälerei ist allgemein.

Dänischburg. Parteiversammlung. Der Ortsverein Dänischburg der sozialdemokratischen Partei hielt am Freitag eine Mitgliederversammlung ab, in der die Genossen Wimmer, Krohn und Fick in den Vorstand gewählt wurden. Dadurch ist Dänischburg von Kücknitz abgegliedert und selbständig geworden. Zum 2. Punkt der Tagesordnung referierte der Genosse Göhr, Lübeck, über politische Zeit- und Streitfragen. Die interessanten Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenommen. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß in Zukunft öfter solche Vorträge gehalten werden möchten, damit auch die Schulung der Dänischburger Genossen etwas mehr gefördert würde. Dieses sei umsomehr notwendig, da auch in letzter Zeit schon die kommunistischen Drahtzieher versucht hätten, unter den dortigen Arbeitern ihre Saat auszustreuen. Ferner wurde dringend gewünscht, daß nunmehr endlich die Hauptstraße Dänischburg—Siems noch vor dem Herbst ausgebaut werden möchte. Wenn der Lübsche Staat von den dortigen Bewohnern Steuern verlange, müsse die Einwohnerschaft auch ihre Rechte geltend machen, daß endlich dieser Weg in einen ordnungsmäßigen Zustand versetzt wird. Diesem Verlangen Nachdruck zu verleihen, wird unsere Bürgerschaft hierdurch aufgefordert.

Angrenzende Gebiete.

Hutzfeld bei Eutin. Einen tragischen Tod erlitt der Hofbesitzer Achgelis. Ein durch das Mähen neben seinem Weidestandort scheu gewordener großer Bulle hat ihn mit seinen Hörnern derart durch Rippe und Lunge gestoßen, daß er diesen schweren inneren Verletzungen erliegen mußte, nachdem er selbst noch den Wagen bestiegen hatte und nach Hause gefahren war.

Hamburg. Die Verkehrsangestellten Groß-Hamburgs haben den Direktionen der Hochbahn und Zentralbahn eine Frist bis zum 3. August zur Bewilligung ihrer Forderungen gesetzt und drohen bei deren Ablehnung mit einem am 5. August beginnenden Streik.

Hamburg. Die Hamburger Metallarbeiter für Amsterdam. Bei den Wahlen zum Delegiertentag der Metallarbeiter erlitten die Kommunisten in Hamburg eine vollständige Niederlage. Für die Liste der Amsterdamer Richtung wurden abgegeben: 8440 Stimmen, dagegen erhielt die Moskauer nur 3257 Stimmen. — Eine Liebestragödie. Ein 24jähriger Maschinenbauer W. unterhielt mit einer Sängerin M., die von ihrem Manne getrennt lebt und mit diesem in Scheidung liegt, ein Verhältnis. Da die Frau häufig von ihrem Manne bedroht wurde, holte W. die Frau nach Geschäftsschluß aus dem Kaffeehaus ab und brachte sie nach Hause. Am Sonnabend abend war der Ehemann Meincke den beiden gefolgt, fiel an der Ecke Holstenwall und Peterstraße über den W. her und versetzte ihm einige Schläge ins Gesicht, so daß W. mehrere Verletzungen davontrug. W. zog nun einen Revolver aus der Tasche und wollte sich damit dem M. vom Leibe halten. Die Waffe entlud sich, und M. stürzte, von der Kugel tödlich getroffen, zu Boden.

Hamburg. Einfuhrschmuggler. Die Polizei beobachtete seit längerer Zeit, daß Sardellen, deren Einfuhr nach Deutschland verboten ist, in großen Mengen ins Inland wanderten. Die Ware ging von Hamburg größtenteils nach Frankfurt, Dortmund und Oldenburg. Man stellte schließlich fest, daß die Sardellen in Heringsfässern zwischen den Heringen (und auch als solche deklariert) verschickt wurden. Umfangreiche Ermittlungen ergaben dann, daß eine Firma an der Brandstwiete Empfängerin der Ware, daß aber der Einführende ein holländischer Großkaufmann war. Bei den eingeführten Quantitäten handelt es sich um Millionenwerte. Der Großkaufmann wurde wegen Schmuggels und Zollbetrugsversuch festgenommen.

Altona. Kommunistischer Abbau. Die kleinen Diktatoren nach russischem Muster sind auch in Altona an der Arbeit. Der Stadtverordnete Siegert von der kommunistischen Fraktion hat sein Mandat aus „Gesundheitsrücksichten" niedergelegt. Es muß schon schlimm um die VKPD. bestellt sein, wenn diese „Ministerkrankheit" auch in ihren Reihen Platz greift. Außerdem sind zwei weitere Vertreter des moskowitischen Glaubens von ihren Priestern disqualifiziert worden. Nun hat zu allem diesen auch noch der Rest der auf der früheren unabhängigen und jetzigen kommunistischen Liste stehenden Stadtverordnetenkandidaten, die ehemals fünfzig Namen aufwies, schriftlich erklärt, eine Wahl nicht annehmen zu können.

Lüneburg. Die Ueberschüsse der Bezirksfettstelle in Lüneburg. Wir teilten jüngst mit, daß die Bezirksfettstelle in Lüneburg aus der Zwangsbewirtschaftung für Milch und Butter einen Ueberschuß von 1½ Millionen Mark erzielt habe, und daß sie diesen Ueberschuß an die Molkereien verteilen wolle. Ueber einen derartigen Verteilungsmodus, der doch nur eine Extra-Liebesgabe an die Molkereibesitzer bedeutet, die sich ohnehin bei der Zwangswirtschaft recht gesund gemacht haben, setzte in Konsumentenkreisen große Erbitterung ein. Proteste wurden eingereicht, aber ohne Erfolg. Das einzige, was dabei herausgekommen ist, ist das, daß es sich nicht um 1½ Millionen, sondern um 2½ Millionen Mark Ueberschüsse handelt und daß außerdem noch ein Konto von 80 000 Mark im Plus verbucht ist. Gegen die vorhin bezeichnete Verteilungsmethode reichte auch der Wilhelmsburger Gemeindevorstand eine Beschwerde beim Regierungspräsidenten ein. Oberregierungsrat Schmidt erklärte einer Kommission, Regierungspräsident und Oberpräsident stünden beide auf dem Standpunkt, daß die Molkereien einen rechtlichen Anspruch auf die Ueberschüsse der Bezirksfettstelle haben. Inzwischen hat nun auch der Oberpräsident Noske dem Wilhelmsburger Gemeindevorstand eine schriftliche Mitteilung darüber zugehen lassen. In diesem Schreiben heißt es, daß er, der Oberpräsident, auf den Regierungspräsidenten in Lüneburg nicht in dem gewünschten Sinne einwirken könne. Es müsse diesem überlassen bleiben, die Ersparnisse der Bezirksfettstelle zu verteilen. Soweit diese für die Molkereien angesammelt seien, könnten sie nicht für die Kommunen oder für den Staat in Anspruch genommen werden. So ist denn alle Mühe vergebens gewesen, und die Herren Molkereibesitzer, die während der Zwangswirtschaft auf Kosten der Bevölkerung so schöne Geschäfte gemacht haben, werden nun auch noch mit diesem Gelde über den Deich gehen. — Der gleiche skandalöse Vorfall ist auch bei der Provinzialfettstelle Schleswig-Holsteins zu verzeichnen.

Bremen. Die Wahlen zum Metallarbeiterverbandstag ergaben für die gemeinsame Liste der SPD. und USPD. 2011 und für die Kommunisten 1091 Stimmen. In Vegesack hatten wir ebenfalls mit 300 Stimmen Mehrheit gesiegt. Auch in den Unterweserorten erlitten die Moskauer glatte Niederlagen. In Bremerhaven erzielte die Liste der Sozialdemokraten 1843 Stimmen, die der Kommunisten 542. Die Unabhängigen konnten sich nicht entschließen, eine gemeinsame Liste mit den Mehrheitssozialisten aufzustellen; sie erreichten damit nur, daß sie nicht einmal eigene Kandidaten zur Delegiertenwahl nominieren konnten. Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß sowohl die vereinigte kommunistische, wie auch die unabhängige Partei in den Unterweserorten „nichts mehr zu verkaufen" hat und daß beide Gebilde auf dem Aussterbe-Etat stehen — ein Schicksal, das sie ehrlich verdient haben.

Bremen. Gradmesser deutschvölkisch-nationaler Kultur. Deutschvölkische Hakenkreuzler haben ihre geistige Reife in nachfolgender Weise in einem Eisenbahnwagen der Strecke Uelzen-Bremen zur Schau gestellt:

Achtung!

Hinaus mit den Juden!

Treibt die Juden nach Palästina! Raus damit aus Deutschland mit dem „auserwählten" Volk, den Juden, den Blutsaugern an dem deutschen Volke.

Denkt an Rathenau! Ihr deutschen Mädchen, laßt euch mit keinem Juden ein, sie wollen euch schänden.

Der Verkehr mit einem Juden ist ehrloser als der Verkehr mit einem Neger!"

Ob Hergt und Genossen Herrn Rathenau, der turmhoch über solche deutschvölkische Schmutzfinken steht, abweisen würden, wenn er unter Vorlegung einiger blauer Lappen auf dem deutschnationalen Parteibureau seine nationale Gesinnung dokumentieren würde? Wir bezweifeln es! „Mädchen, laßt euch mit keinem Juden ein!" Und wie schön war es doch für die deutschnationalen Jünger, als sie während des „glorreichen" Weltkrieges an polnischen Judenmädchen, und wenn auch nur im Unterhöschen oder auch .... sich erfreuen konnten. Ja, es geht nichts über deutschnationale Gesinnung! Doch, was würde mancher dieser Jünger sagen, wenn die Juden den Herren Papas Hypotheken und Kredit entziehen würden? Doch Geld stinkt bekanntlich auch bei den Deutschvölkischen nicht!

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 25. Juli.

Vorsitzender G. Ehlers. — Beginn 6.25 Uhr.

Eingaben der Gewerbekammer und des Nautischen Vereins ersuchen um Beibehaltung der Seemaschinistenschule. — Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter überreicht einen Entwurf über die Ruhelohnkasse. — Die Eingaben werden den betr. Ausschüssen überwiesen.

Es folgt die Wahl der sechs bürgerschaftlichen Mitglieder des gemeinsamen Ausschusses zur Durchsicht des Gesetzes vom 11. Mai 1896, betreffend die Regelung der gewerblichen Fischereiverhältnisse in den öffentlichen Gewässern. — Reimpell (DN.) wünscht Dr. Wittern bei der Wahl berücksichtigt. — Dreger (Soz.): Es handelt sich nicht um die Beiseiteschiebung einer kleinen Fraktion, sondern der Wahlausschuß zog in Betracht, daß Herr Dr. Wittern Rechtsbeistand verschiedener beteiligter Personen ist. — Gewählt werden Haut, Hagelstein, Dreger (Soz.); Hargus, Heise (Dem.) und Dr. von Broken (DN.); Ersatzmänner: Kleinfeld, Niemann und Dr. Wittern.

Benennung eines ständigen Ausschusses zur Ausübung des Mitbewilligungsrechtes bei Gewährung von Unterstützungen oder zinsfreien Darlehn aus der Beamtenunterstützungskasse, sofern sie bei einmaligen Bewilligungen oder bei wiederholten Bewilligungen innerhalb fünf Jahre die Höhe von 750 Mk. überschreiten. — Gewählt werden Bruns, Kasbohm (Soz.), Klein, Wandke (Dem.), Frl. Müller (DN.), Ersatzmänner: Wolfradt, Schiemann, Kanitz.

Einsetzung je eines besonderen Ausschusses zur Prüfung der Frage des Fortbestehens der Baugewerkschule und der Seemaschinistenschule sowie zur Prüfung der Verhältnisse der Krankenkasse für lübeckische Beamte und der Kranken- und Sterbekasse für die Beamten und Angestellten des Polizeiamtes, der Feuerwehr und des Stadt- und Landamtes. — Neppenhagen, Neugebauer (Soz.), Scheitler, Dr. Steffen (Dem.), Kanitz. Ersatzmänner: Körner, Frl. Bartels, Jaaks.

1. Antrag: **Ueberführung der Luisenstraße.** — Der Antrag wird angenommen.

2. Antrag: **Reinigung der für Löschwasserabgabe in Betracht kommenden Wasserentnahmestellen.** — Wolfradt (Soz.) bemängelt, daß die Brunnenanlage in Niendorf noch nicht ausgeführt ist. Bei dem Wassermangel sei die schnelle Erledigung der Arbeit notwendig. — Der Senatsantrag wird angenommen.

3. Antrag: **Lieferung und Aenderung von Regalen im Staatsarchiv und Einrichtung des Kreuzganges des ehemaligen Burgklosters im Gerichtsgebäude für Zwecke des Staatsarchivs.** — Wird nach unwesentlicher Debatte auf Antrag Ambrosius (Dem.) einem Ausschuß überwiesen.

4. Antrag: **Anweisung der Mittel für die Erwerbung der für die Herstellung einer Fahrverbindung von der St. Lorenzbrücke bis an die Wisbystraße erforderlichen Landflächen.** — Der Antrag wird angenommen.

5. Antrag: **Verbesserung der Abortanlagen im Katharineum.** — Der Antrag wird angenommen.

6. Antrag: **Bauliche Verbesserungen im Schulhause Königstraße 97.** — Der Antrag wird angenommen.

7. Antrag: **Erweiterung des Spielschuppens auf der Falkenwiese.** — Der Antrag wird angenommen.

8. Antrag: **Verbesserungen an den Dächern und Oberlichtern des Museums am Dom.** — Der Antrag wird angenommen.

9. Antrag: **Einbau von Wohnungen in vorhandene Gebäude.** Pape (fraktl.) fragt, ob es überhaupt noch einbaufähige Wohnungen gibt. — Baudirektor Baltzer: Anträge, mit Staatshilfe Wohnungen einzubauen, gehen stets noch ein. — Der Senatsantrag wird angenommen.

10. Antrag: **Anlage von Spielplätzen.** — Dr. Steffen (Dem.) empfiehlt nach dem Ausschußbericht vorläufig die Herrichtung von Spielplätzen am Brink neben der alten Kaserne und an den Struckteichwiesen. Das Töpferfeld komme erst später in Frage. Der Ausschuß empfiehlt ferner, daß das Spielplatzbedürfnis für die nächsten 5 Jahre bekannt gemacht und die Pläne ausgearbeitet werden, damit sich die Landpächter danach richten können. — Frl. Bartels (Dem.) fordert, daß den Leuten, denen man Gartenland nimmt, auch Ersatz gegeben wird. — A. Pape (fraktl.) hält die Kosten für die Herstellung des Spielplatzes am Töpferweg für zu gering veranschlagt. Das Terrain sei schlechter als dasjenige des Hansaplatzes. Sollte eine schnellere Regulierung stattfinden, müsse der Pächter entsprechend entschädigt werden. — Baudirektor Baltzer: Der Hansaplatz ist für Spielplätze zu klein, das Terrain zu ungünstig. — Dr. Wittern (fraktl.) ist der Meinung, man solle dem Gärtner seine mehrjährige Arbeit nicht ohne Entschädigung wegnehmen. Der Pächter müsse bauen und pflanzen können, was seinen Interessen entspricht. — Baudirektor Baltzer hält das Töpferfeld wohl für Spielplätze geeignet. Auf die Dauer sei dort die Baumschule nicht zu halten. In 1½ Jahren könne sie ohne Verlust für den Pächter aufgehoben werden. — Henck (DN.) hält einen Spielplatz mit Lehmuntergrund für durchaus ungeeignet. Die Finanzbehörde habe auch Land weggenommen und an Leute abgegeben, die es nicht bebaut hätten. In Gr.-Steinrade wurden Parzellen unter aller Kanone bearbeitet. An Gewerbetreibende sollte Land nicht hergegeben werden, dies sollte man lieber den Landwirten lassen. — H. Puls (Soz.) betont, das Töpferfeld sei im Bebauungsplan seit längerer Zeit als Spielplatz vorgesehen. Wenn im allgemeinen Interesse Spielplätze errichtet werden müßten, müsse eben das kleinere Uebel beiseite stehen. Es seien auch viele kleine Leute vorhanden, die hart betroffen würden. Baumschulen und gärtnerische Anlagen könnten nicht mehr im Rahmen der Stadt gehalten werden, dahin gehörten heute Arbeitergärten. Dem Besitzer ist man entgegengekommen, eine Schädigung seiner Interessen ist nicht beabsichtigt. Bis zur Errichtung des Spielplatzes muß auch den kleinen Gartenpächtern Land beschafft werden. — A. Pape (fraktl.) bezweifelt, daß der Landhunger der Arbeiter auf die Dauer anhält. Man hätte besser am Wasser einen passenden Spielplatz gefunden. — Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Ebenso ein Ersuchen des Ausschusses über die Regelung der Spielplatzfrage der nächsten fünf Jahre.

11. Antrag: **Außerordentliche Beihilfe an langfristige Erwerbslose.** — Dreger (Soz.) erinnert an die Notwendigkeit, den am schlimmsten vom Schicksal heimgesuchten, über 26 Wochen lang Erwerbslosen besondere Beihilfen zu gewähren. Es seien verhältnismäßig geringe Mittel notwendig, um den Anforderungen des Reichswirtschaftsministers Genüge zu leisten. Glücklicherweise sei in Lübeck der Kreis langfristiger Erwerbsloser klein. Lübeck habe auch Ersparnisse gemacht, da nicht die nach gesetzlichen Bestimmungen voll zulässigen Beträge ausgekehrt worden seien. Deshalb sei es nicht unbescheiden, wenn heute über den Senatsantrag hinausgegangen und statt 20 000 Mk. 50 000 bewilligt würden. Notwendig sei aber vor allem, sich mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. Alle Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit seien noch nicht erfüllt. Diese müßten aber alle in Erwägung gezogen werden, wenn die anwachsende Erwerbslosigkeit nicht über dem Kopfe des Volkes und Staates zusammenbrechen soll. Der Redner stellt folgenden Abänderungsantrag:

1. Die Sonderbeihilfe sollen auch diejenigen Erwerbslosen erhalten, die in den Tagen vom 12.—15. Juli d. J. Arbeit aufgenommen haben.

2. In die Frist von 26 Wochen sind einzurechnen:

a) Unterbrechung durch Arbeit (Vollarbeit, Kurzarbeit, Gelegenheitsarbeit).

b) Unterbrechung durch Urlaub (sofern keine Erwerbslosen-Unterstützung gezahlt wird), Sperrung (wenn Erwerbslosenunterstützung wieder gezahlt wird).

c) die zu a und b genannten Fristen dürfen insgesamt 24 Arbeitstage nicht übersteigen.

Krankheit und Karenzzeit sind als Zeit des Bezuges zur Erwerbslosenunterstützung anzusehen. Krankheitszeiten, die vor Stellung des Antrages der Unterstützung lagen, sind nicht anzurechnen.

3. Leben Ehegatten getrennt, so soll die Sonderbeihilfe entsprechend den Unterstützungsbezügen verteilt werden.

4. Es sollen erhalten:

Erwerbslose ohne Unterschied des Geschlechts:

über 16 bis 21 Jahren	300,— M
über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	400,— „
über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	500,— „
Erwerbslose mit Ehegatten	600,— „
Für jedes Kind unter 16 Jahren und sonstige zuschlagempfangende Angehörige	50,— „
Der Gesamtbetrag der Sonderbeihilfe für einen Erwerbslosen darf nicht übersteigen	800,— „

5. Zum Ausgleich von Härtefällen wird ein Dispositionsfonds zurückbehalten.

— Albers (Dem.) hält die Ausführung der Vorlage für bedenklich, insbesondere die Beihilfe mit Kleidern. Sachverständige müßten die Preiswürdigkeit der Waren, die an Erwerbslose abgegeben werden sollen, prüfen. Der Redner beantragt, die Vorlage mit den Abänderungsanträgen einem Ausschuß zu überweisen. — Senator Friedrich betont, die Anregung von Dreger entspreche im großen und ganzen den Grundlagen von Besprechungen zwischen dem Oberpräsidenten von Brandenburg mit den Vertretern der Arbeitslosen. Auch beim hiesigen Arbeitsamt habe man derartige Berechnungen angestellt und da sei unter Zugrundelegung des von Dreger beantragten Unterstützungskreises und der in der Senatsvorlage genannten Zahlen eine Summe von 40 000 Mark herausgekommen. Diese Grundlage sollte man nehmen. Der größte Teil der in Betracht kommenden Arbeitslosen bestehe aus Verheirateten. Weiter gibt Senator Friedrich einige Zahlen über die Erwerbslosigkeit am Orte bekannt. Danach haben am vorigen Donnerstag 1053 Erwerbslose den Arbeitsnachweis durchlaufen, am Freitag 1068, am Sonnabend 1038. Unterstützungsberechtigt waren an den letzten Tagen aber nur etwa 600. Gegen eine Prüfung der Sachleistungen hat das Arbeitsamt nichts einzuwenden, es soll sich doch nur darum handeln, ob die Kleider und Schuhe preiswert sind. Kleinliche Verfahren gedenkt das Arbeitsamt nicht einzuschlagen. Wenn die Zuwendungen einen geringen Betrag überschreiten, wird dieser von keinem Erwerbslosen zu zahlen verlangt und Unterbeträge sollen ausgekehrt werden. Anstatt Sachleistungen Barvergütungen zu geben, ist das Arbeitsamt infolge der Reichsvorschriften nicht in der Lage. Wir müssen uns an den Reichsbeschluß halten, damit wir den Reichsanteil erhalten. — Dreger (Soz.) begrüßt die vom Senat in Aussicht gestellte Toleranz und ist bereit, den 15. Juli als Stichtag gelten zu lassen. Man dürfe hier gerne etwas mehr tun, zumal früher gespart worden sei. Die Sachleistungen seien insbesondere für Jugendliche der Barunterstützung vorzuziehen. Der Redner betont, seine Anträge würden durch die Tatsache gerechtfertigt, daß bei den Sonderzuwendungen hauptsächlich Verheiratete in Frage kämen. Die Zahl der Erwerbslosen am Orte betrage 1990 bis 2000, worunter nur 600 unterstützungsberechtigt seien. Die angezogenen 1053 hätten sich wegen Arbeitsbeschaffung der Kontrolle unterzogen; Hunderte von Erwerbslosen besuchten das Arbeitsamt nicht, weil sie nicht unterstützungsberechtigt sind. Gegenteilige Meinungen zu meinem Antrag sind nicht aufgetaucht. — Dr. Wittern (fraktl.) hält als wichtigste Aufgabe des Staates eine gesunde Wohnungspolitik und Arbeitsbeschaffung. Bis heute habe sich keine tatkräftige Hand gezeigt, um die nötige Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Diese Aufgabe müßte gelöst werden. Das Arbeitsamt müsse darauf bedacht sein, möglichst langfristige Arbeitslosigkeit zu hindern. — Schiemann (Dem.) fragt, ob dem Senat der Antrag Dreger vorher bekannt gewesen sei. Es sei ungewöhnlich, daß vom Senatstisch etwas ganz anderes vertreten werde als die eigene Vorlage. — Haut (Soz.) ist mit der Einsetzung von Sachverständigen zur Prüfung der Sachleistungen einverstanden, aber diese Sachverständigen müßten von der Bürgerschaft gewählt werden. Auch mit der Prüfung des Antrages Dreger durch einen Ausschuß erklärt der Redner sein Einverständnis. Es sei ja bedauerlich, daß Sachleistungen gegeben werden müßten. Besser wäre es, wenn die Erwerbslosen selbst kaufen könnten, was sie brauchten. — Albers (Dem.) betont, im Interesse der Erwerbslosen gesprochen zu haben. Es wäre besser, wenn das Versorgungsamt die Ware im freien Handel erwerben könnte. Die Sachverständigen sollen nur den Wert der abzugebenden Artikel festsetzen. — Dr. Wittern (fraktl.) bemängelt, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der Wahl zum Ausschuß über Prüfung der Fischereiverhältnisse den Vorschlag der Deutschnationalen Fraktion nicht respektiert habe. — Die Senatsvorlage

und der Antrag Albers werden angenommen. Ebenso der Antrag Dreger, der an einen Ausschuß verwiesen wird. In die Kommission zur Prüfung der Sachleistungen werden gewählt Bruns, Albers und Kanitz.

12. Antrag: **Bebauungsplan für Kücknitz-Herrenwyk.** — Dr. Neumark (Dem.) hält diese Vorlage für die wichtigste. Wir müßten uns auf die Industriepolitik einrichten. Dazu gehöre eine günstige und verständige Wohnungsgelegenheit für Arbeiter und Beamte. Mit der schematischen Anordnung in der Vorlage könne er sich nicht einverstanden erklären. Kücknitz müsse eine Stadt werden, Handwerker und Gewerbetreibende müßten Ansiedlungsmöglichkeit und städtische Wohnungsbedingungen haben. Die Vorlage bedürfe dringend der Ausschußberatung. — Ein Antrag des Redners auf Ausschußberatung wird angenommen.

34. Antrag: **Anschluß lübeckischer Landgemeinden an das elektrische Hochspannungsnetz des Kreises Herzogtum Lauenburg.** — Neufeld (Dem.) fragt u. a., warum die Anlagewerte nicht verzinst werden sollen? — Senator Strack: Eine Verzinsung der Anlagewerte ist nicht möglich, sie wurde auch im nördlichen Anschlußgebiet nicht gefordert. — A. Puls (Soz.) bedauert, daß heute noch Häuser, die Kabelanschluß haben, keine Elektrizität erhalten, wenn sie Gaseinrichtung haben. Man sollte auch weitere Straßenzüge mit Kabel belegen. Den berechtigten Wünschen der Bewohner vor den Toren sollte man nachkommen. — Senator Strack macht auf die einschränkenden Bestimmungen des Reichskohlenkommissars aufmerksam. Weitere Kabellegungen seien durch unsere Finanzen erschwert. — Der Senatsantrag wird angenommen.

36. Antrag: **Fahrpreiserhöhung bei der Lübecker Straßenbahn.** — Dreger (Soz.) beantragt Ausschußberatung. Der Ausschuß könne dann die Vorlage nach der sozialen Gerechtigkeit ausgestalten. Jetzt enthalte sie große Härten für die Minderbemittelten. Es herrschten noch starke Zweifel darüber, ob durch die Vorlage die gewünschte halbe Million einkomme. — Senator Strack findet es angebracht, wenn einmal ein Ausschuß die ganze Tariffrage im Ausschuß untersucht. Die Vorlage müsse jetzt trotzdem genehmigt werden, um weitere Verluste zu vermeiden. Soziale Härten seien in der Vorlage nicht enthalten. Von 18 Millionen Jahresfahrgästen würden nur 3 Millionen durch die Tariferhöhung betroffen. Wenn die Vorlage jetzt nicht erledigt werde, dann gingen die besten Monate verloren und die Erhöhung würde nicht ausreichen. 38 Straßenbahnverwaltungen hätten diese Tarifierung durchgeführt. Die Schülerfahrten würden durch die Vorlage nicht verteuert, sondern sogar verbilligt. — Schermer (Soz.) schneidet die Frage der Schülerkarten, die die Mittel- und höheren Schulen besuchen und aus eingemeindeten Orten und dem Landgebiete kommen, an. Jetzt schon müßten deren Eltern mit Schulgeld und Straßenbahnfahrt über 1000 Mk. jährlich aufwenden. Der Redner stellt den Antrag, eine Prüfung dieser Frage vorzunehmen. — Dr. Görtz (Dem.) hält nach den durchschlagenden Gründen des Senatskommissars eine Ausschußberatung für überflüssig. Die ganze Tariffrage könne nach Annahme dieser Vorlage für sich ausgiebig geprüft werden. — Neufeld (Dem.) tritt für Annahme des Senatsantrages ein, ebenso Schiemann (Dem.): Man müsse endlich dafür sorgen, daß die Unterschußwirtschaft aufhöre. — Haut (Soz.): Die Senatsvorlage stand an 36. Stelle; wenn der Senat keine bevorzugtere Behandlung forderte, scheint die Vorlage so eilig nicht gewesen zu sein. Die Betriebsbehörde hat es nicht für nötig gehalten, den Betriebsrat hinzuziehen, der Vorschläge machen konnte. In acht Tagen kann der Ausschuß Bericht erstatten. Finanzielle Bedenken berücksichtigt auch die sozialdemokratische Fraktion. — Senator Strack erklärt, der Vorschlag des Betriebsrates sei unbrauchbar gewesen, dagegen habe der Angestelltenrat die Vorschläge der Betriebsbehörde einstimmig für die richtigen gehalten. — Dr. Görtz und Neufeld treten für die sofortige Annahme des Senatsantrages ein. Es gingen sonst riesige Summen für den Staat verloren. — Haut (Soz.) hält im Interesse der Vorlage eine alsbaldige Verabschiedung für notwendig. Der Ausschuß werde schnell arbeiten. Die generelle Erhöhung der Sonntagsfahrpreise bilde das Rückgrat dieser Vorlage. — Senator Strack macht den Straßenbahnerstreik für die verspätete Einbringung der Vorlage verantwortlich. So habe man den Juni für die rechnerischen Unterlagen benutzen müssen statt den Mai. — Dreger (Soz.) verwahrt sich gegen die Zuschiebung der Schuld auf den Streik. Dieser habe nur acht Tage gedauert. Die Schuld am Streik treffe nich tdie Straßenbahner, sondern die unsoziale Haltung der bei den Verhandlungen in Betracht kommenden Herren der Behörde. Dadurch sei dem Staate der Schaden erwachsen. — Senator Strack hält daran fest, daß durch den Streik die Unterlagen verloren gingen. Von der anderen Seite wolle man etwas Politik in die Verhandlung hereintragen. Die Erhöhung der Sonntagsfahrpreise soll 290 000 Mk. und der Nachtzuschlag bei Ausbruch des Streiks sowohl bei der Gewerkschaft wie bei der Finanzbehörde ein Wort eingelegt habe. Was sein Fraktionskollege Dreger gesagt habe, könne er nur unterstreichen. Seine Fraktion ziehe den Antrag nicht zurück. — Dr. Wittern (fraktionslos) ist der Meinung, daß die früheren Reden vom Sparen vergessen seien. Eine Ablehnung der Senatsvorlage sei kein Ruhmesblatt für die Bürgerschaft. Aber die Majestät sei verletzt und diese moderne Majestät sei außerordentlich empfindlich. Der Betriebsrat sei hier gehört worden, sein Vorschlag jedoch unbrauchbar gewesen. Soziale Härten könnten ja später wiedre beseitigt werden. Bei Ablehnung der Vorlage gingen dem Staate täglich 2000 Mk. verloren. Die Quittung für die Behandlung dieser Sache vom politischen Standpunkt aus werde nicht ausbleiben. — Dreger (Soz.) weist den Vorwurf der Uebertragung dieser wirtschaftlichen Frage auf politisches Gebiet zurück und erwidert Dr. Wittern, dieser sei wegen der Kommissionswahl verschnupft. Bei dem Angriff auf die „neue Majestät" habe Herrn Dr. Wittern wohl die Wiederkunft der alten Majestät vorgeschwebt. Durch den Ausspruch habe Herr Dr. Wittern nur gezeigt, daß er die Forderungen des Wirtschaftslebens nicht erkannt hat. Form und Ton dieser Art Bekämpfung einer notwendigen Einrichtung weise er ganz entschieden zurück. — Der Antrag Dreger auf Ausschußberatung wurde mit 27 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Der Senatsanirag wurde mit einfacher Mehrheit angenommen. Er bedarf also der zweiten Lesung. Der Antrag Schermer wird angenommen.

37. Antrag: **Zweigleisiger Ausbau zweier Straßenbahnstrecken.** — Henk (DN.) hält den Ausbau der Strecke bis zum Dummersdorfer Weg für sehr dringend. — Senator Strack: Der Straßenbahnausbau bis nach Travemünde wird von der Verwaltung ständig im Auge behalten. — Ambrosius (Dem.) tritt für vollen zweigleisigen Ausbau in der Roeckstraße ein. — Vom Senatstisch wird dem Wunsche die Kostenfrage entgegengehalten. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

13. Antrag: **Verkauf einer Landfläche auf dem Priwall** — Hagelstein (Soz.) findet das Vorgehen der Finanzbehörde sonderbar. Den Leuten habe man das Pachtland im Frühjahr weggenommen und brach liegen lassen. Der Käufer mache ein gutes Geschäft. — Niemann und Hargus treten für die Vorlage ein. — Ad. Löwigt (Soz.): Auch wir sind dafür, daß der Industrie die Möglichkeit der Ausdehnung gegeben wird. Die Preise für das Land müssen aber angemessen sein. Wir wollen wissen, aus welchen Mitteln die Entschädigung bezahlt wurde, die im Frühjahr den Pächtern gewährt wurde. — Senator Evers hält den Preis für sehr gut. Der Verkauf sei durch besondere Umstände verzögert worden. — Hagelstein (Soz.) erinnert daran, daß früher die Rechtsparteien die Errichtung von Industrieanlagen in Travemünde mit Mißtrauen betrachtet hätten — Dr. Görtz (Dem.) glaubt, der Preis sei sehr angemessen. — Dr. Wittern (fraktionslos) erklärt, eine Ablehnung der Vorlage durch die sozialdemokratische Fraktion führe dazu, daß die Lage der sozialdemokratischen Fraktion überspannt und der Bogen zerbrochen werde. — Reimpell (DN.): Wir dürfen der Industrie keine überhohen Preise anrechnen. — Die Senatsvorlage wird abgelehnt.

14. Antrag: **Herstellung einer Futtermauer hinter den Arbeiterkarten des Hofes Moisling** — Wird angenommen.

15. Antrag: **Erwerb eines Geländes zwischen Linden- und Hansastraße.** — Pape (fraktionslos) ist erstaunt, daß hinter der Linden- und Hansastraße noch so große Terrains freiliegen. Die Bürgerschaft wurde völlig über dieses Land im unklaren gelassen und man werde auch aus dem vorgelegten Plane nicht klug. Der Preis des Landes sei an und für sich angemessen. — Senator Evers glaubt, daß das Gelände und dessen Beschaffenheit seit langem bekannt ist. — Der Senatsantrag wird angenommen.

16. Antrag: **Neubau eines Arbeiterkatens auf dem Stadtgut Niemark.** — Wandke (Dem.) hält es für wünschenswert, auf die Pächter einzuwirken, daß die Baulen, die mit lübschem Gelde errichtet werden, bei der im Herbste zu erwartenden größeren Arbeitslosigkeit auch von lübschen Arbeitern hergestellt werden. — Der Senatsantrag wird angenommen.

17. Antrag: **Verkauf von Landflächen am Elbe-Trave-Kanal.**

18. Antrag: **Rückäußerung und wiederholter Antrag auf Verkauf des ehemaligen Meiereigrundstückes in Vorwerk.**

19. Antrag: **Befreiung der Fischereifahrzeuge von der Zahlung des Hafengeldes.**

20. Antrag: **Aenderung des Wertzuwachssteuergesetzes.** — Diese Anträge werden angenommen.

10 Uhr.

Gewerkschaften.

Einigung im Buchdruckgewerbe. Aus Berlin wird gemeldet: Durch erneute Verhandlungen unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Brahm vom Reichsarbeitsministerium wurde eine Einigung im Buchdruckgewerbe erzielt.

Die Metallarbeiterwahlen. Das bisher in Berlin vorliegende Ergebnis der Metallarbeiterwahlen läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß auf die gemeinschaftliche von Unabhängigen und Sozialdemokraten aufgestellte Liste A die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen geht. Die Kommunisten haben bereits einige Wahlbeanstandungen vorgenommen, die jedoch inzwischen wieder zurückgewiesen wurden. Im allgemeinen sind die Wahlen ruhig verlaufen. Nur in Berlin in der Görlitzer Straße wurde ein Parteigenosse von Kommunisten tätlich angegriffen, als er sich weigerte, kommunistische Wahlzettel anzunehmen.

Einigung im Bankbeamtengewerbe. Der Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums ist von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern des Bankgewerbes angenommen worden. Der Tarif gilt bis 31. März 1922, jedoch kann über die Bezüge nach 1. Januar 1922, sowie über die anderweitige Anrechnung von Berufsjahren im Dezember 1921 erneut verhandelt werden.

Streik in den Kölner Buchdruckereien. Die Kölner Buchdrucker haben Montag wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Die bürgerlichen Blätter Kölns werden bis auf weiteres nicht erscheinen.

Betriebsratswahlen im Ruhrrevier. Nach dem endgültig festgestellten Ergebnis der Betriebsratswahlen im Bergbau des Ruhrreviers belaufen sich die Mandate des Bergarbeiterverbandes auf 1129, des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter auf 583. Die Polnische Berufsvereinigung erzielte 123; der Hirsch-Dunkersche Gewerkverein 11, der christliche Berufsverein 9 Mandate. Die Unionisten und Syndikalisten konnten 330 Stellen besetzen.

Der Streik im Saargebiet dehnt sich weiter aus. Wegen der Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen hielten die Metallarbeiter der Fertigindustrie Urabstimmungen ab, die eine überwältigende Mehrheit für den Streik ergaben. Fast sämtliche Betriebe sind ausständig. Die Gesamtbelegschaften der saarländischen Keramikwerke Villeroy und Boch sind gleichfalls ausständig. Die Generaldirektion verweigert die Anerkennung des vom Schlichtungsausschuß abgegebenen Schiedsspruchs über die Lohnauszahlung.

Arbeiterrecht im Betrieb. Mit dieser Frage beschäftigte sich die Sonderbeilage zu Heft 15 der „Betriebsräte-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie", die soeben erschienen ist. Diese für jeden Betriebsrat außerordentlich wichtige Arbeit enthält ein sehr umfangreiches Material. U. a. befinden sich in ihr die Verordnungen über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung und über die Maßnahmen gegenüber Betriebsbeschwerden. Anschließend daran werden Bescheide, Gewerbegerichtsurteile und Schiedssprüche in diesen Anglegenheiten veröffentlicht. Eine umfangreiche Sammlung von Entscheiden zum Betriebsrätegesetz bildet den Schluß. — Die „Betriebsräte-Zeitschrift" selbst erscheint alle 14 Tage und behandelt alle Fragen der modernen Arbeiterbewegung, des Arbeiterrechts und der Sozialpolitik. Sie ist mit der Sonderbeilage für 30 Pfg. pro Nummer von den Ortsverwaltungen oder für 7 Mark pro Vierteljahr durch die Post zu beziehen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in England. Nach der amtlichen Statistik ist in der am 15. Juli zu Ende gegangenen Woche die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter um 100 000 gesunken.

Die Streikbewegung in Japan. „Chicago Tribune" meldet aus Tokio, daß die Entsendung von Truppen nach dem Streikbezirk von Kobe unter den Arbeitern, die wieder geheime Zusammenkünfte zur Gründung einer nationalen Gewerkschaft abhielten, Erregung hervorgerufen habe. Man mache sich auf einen Generalstreik von 200 000 Arbeitern in Tokio gefaßt, wenn nicht die Arbeitszeit gekürzt und die Löhne erhöht würden. In Kobe hätten die Arbeiter in den Arsenalen Streikversuche unternommen.

Genossenschaften.

Ein entlarvter Verleumder. Im Januar d. J. brachte die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" zwei Artikel, die heftige Angriffe enthielten gegen die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und besonders gegen deren Geschäftsführer Robert Aßmann, der als Geschäftskerl und Genossenschaftsschädling bezeichnet wurde. Es wurde ihm der Vorwurf gemacht, daß er in seiner früheren Stellung als Geschäftsführer des Braunschweiger Konsumvereins Schmiergelder angenommen und daß er dies System auch in der GEG. eingeführt habe. Auch wurde ihm vorgeworfen, daß er sich auf schmutzigem Wege seine Sinecure erschlichen und daß er Waren ohne Bezahlung aus der GEG. entnommen habe. In höhnischer Weise wurde der in so gemeiner Weise Angegriffene aufgefordert, Klage zu erheben, da man dann den Wahrheitsbeweis erbringen und die Zeugen sektionsweise aufmarschieren lassen werde. Aßmann strengte gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung" Heinrich Schwarz eine Beleidigungsklage an, die am 20. Juli vor dem Schöffengericht IX in Hamburg zur Verhandlung kam. Der Beklagte erklärte ganz kleinlaut, er könne nicht sagen, ob die Beschuldigung auf Wahrheit beruhe; er habe diese beiden Artikel im guten Glauben aufgenommen, da sie ihm von einem glaubwürdigen Genossen übergeben worden seien. Der so pomphaft angekündigte Wahrheitsbeweis mißlang vollständig; es konnte nicht der geringste Beweis für die ungeheuerlichen Beschuldigungen erbracht werden, so daß der Vertreter des Beklagten selbst einräumen mußte, daß keine einzige der Behauptungen durch die Beweisaufnahme erwiesen sei. Der Vertreter des Klägers geißelte in scharfen Worten die Handlungsweise des Beklagten, der sich nicht gescheut habe, verleumderische Beleidigungen geradezu kübelweise über einen ehrenwerten Mann auszuschütten. Das Gericht verurteilte den Beklagten zu einer Geldstrafe von 500 Mark, event. 50 Tagen Gefängnis, außerdem soll das Urteil in der „Volkszeitung" und in dem „Klassenkampf" veröffentlicht werden. Das Gericht stellt ausdrücklich fest, daß dem Kläger nichts Ehrenrühriges nachgewiesen sei.

Aus aller Welt.

Ein Ueberfall. Am Sonnabend drang eine siebenköpfige Bande in die in Charlottenburg belegene Wohnung des ehemaligen russischen Obersten Freyberg ein, worin sich nur dessen Frau und ein ehemaliger russischer Kapitän befanden. Die Eindringlinge gaben an, der Polizei anzugehören, und zwangen die Ueberfallenen mit Waffengewalt zur Herausgabe sämtlicher in der Wohnung vorhandenen Papiere und Aktenstücke. Im ganzen wurden drei Koffer mit Skripturen und Zeitschriften mitgenommen. — Oberst Freyberg wurde von kommunistischer Seite wiederholt beschuldigt, ein Werbebureau für die russischen Weißgardisten zu unterhalten. Der Raubüberfall hat also wahrscheinlich einen politischen Hintergrund. Die Täter entkamen unerkannt in zwei mitgebrachten Kraftwagen.

Doppelter Mord- und Selbstmordversuch. Eine aufregende Szene hat sich in Berlin, Hasenheide 59, abgespielt. Dort versuchte der 29 Jahre alte Kaufmann Friebe seine Ehefrau und seine Schwiegermutter zu erschießen. Er gab auf beide drei Schüsse ab, von denen zwei fehlgingen und der dritte die Schwiegermutter schwer verletzte. Dann richtete Friebe die Waffe auf sich selbst und brachte sich einen Kopfschuß bei, der jedoch nicht tödlich war. Um seinem Leben ein Ende zu machen, schnitt er sich die Pulsadern auf, doch führte auch diese Verletzung nicht zum Tode, da auf den Lärm hin gleich Nachbarn zur Stelle waren. Trotz der schweren Verletzungen besteht sowohl für den Täter als auch für Frau Mailänder keine Lebensgefahr.

Ein Ordensschloß niedergebrannt. Aus Dirschau wird gemeldet: Das 800 Jahre alte Ordensschloß in Mewe ist vollständig niedergebrannt.

Ruhr-Epidemie in Oberschlesien. In Hindenburg ist eine Ruhr-Epidemie ausgebrochen. Vom 1. bis 21. Juli wurden polizeilich 191 Fälle gemeldet, von denen 33 tödlich verlaufen sind.

Die Tragödie einer Greisin. Eine eigenartige Aufklärung für die Geisteskrankheit einer Greisin hat jetzt deren plötzlicher Tod gebracht. Seit Jahren wohnte die von der Armendirektion unterstützte Witwe Dumke im Norden Berlins in der Schulstraße 21 in allerärmlichsten Verhältnissen in einer Kellerwohnung. Nachdem sie vor einigen Wochen bereits wegen eines Leidens Aufnahme im Krankenhaus gefunden hatte, wurde sie bald nach ihrer Genesung geistesgestört. Sie lief nachts mit einem Kerzenlicht in ihrer Wohnung umher, in der Annahme, sie sei bestohlen worden. Nachdem sie wegen ihrer Geisteskrankheit wieder dem Krankenhause zugeführt worden war und nach drei Tagen starb, wurden bei Durchsuchung ihrer Wohnung folgende Sachen in den unmöglichsten Verstecken gefunden: Für 1160 Mark Goldstücke zu 10 und 20 Mark, die einem Kurswert von 18 560 Mark entsprechen, ein Sparkassenbuch mit 1300 Mark und ein Lebensversicherungsschein. Die Goldstücke wurden nun der Armendirektion übergeben. Die Greisin, die 23 Jahre auf einer Stelle als Aufwärterin tätig war, hatte durch den vermeintlichen Verlust ihres zu einem kleinen Vermögen angewachsenen Geldes den Verstand verloren.

Mord. Montag erstach in Krefeld der frühere Bergmann Hupfertz seine Geliebte, die Witwe Wienges, Mutter von vier Kindern, die die Beziehungen zu ihm lösen wollte. Der Täter wurde verhaftet.

Profitgieriger Wucherer. Aus der Altöttinger Gegend wird mitgeteilt, daß von seiten eines gewissenlosen Getreidehändlers im Bezirk die nun in Reife stehende Frucht bereits vom Felde weg zu kaufen gesucht wird, und zwar pro Zentner zu 150 Mk.

Käseschieber. Das Städtchen Leipheim bei Ulm ist ein Eldorado der Schieber. Dieser Tage wurden hier zwei Aufkäufer aus dem Norden verhaftet, die ungefähr 30 Zentner Käse nach Norddeutschland verschoben haben. Sie erzielten in einigen Tagen einen Gewinn von nahezu 20 000 Mk. nach ihrer eigenen Angabe.

Schwierige Verhaftung eines reichen Bettlers. In Dachau erregte ein an den Füßen verkrüppelter Mann an der Pfarrkirche, wohin er sich zum Zwecke des Bettelns gesetzt hatte, das Mitleid der Passanten. Die Gendarmerie kontrollierte ihn und es ergab sich, daß der aus dem Bayerischen Wald stammende Bettler bei einer näheren Leibesvisitation eine Geldsumme von 7800 Mk. bei sich trug. Er wurde festgenommen.

10 Kronen für eine Straßenbahnfahrt. Die Stadt Wien wird vom 1. August ab ihre Tarife bedeutend erhöhen, um für alle städtischen Betriebsangestellten und Arbeiter die Bezüge erhöhen zu können. Der Einheits-Straßenbahnfahrpreis wird von 7 Kronen auf 10 Kronen erhöht; außerdem tritt eine namhafte Verteuerung für Gas- und Elektrizitätsentnahme ein.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 25. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
	S.	Sturmvogel	Schultz	Kopenhagen	8	
	S.	Alma	Buschmann	Nyköping	9	
	S.	Runa	Dachmann	Kolding	2½	
	S.	Ilma	Agge	Kopenhagen	2	
D.		Otto Ippen 28	Use	Stettin	5	

Angekommen am 26. Juli 1921.

D.		Karl	Langhinrichs	Stolpmünde	2	

Hotels, Restaur., Cafés, Vergnügungen etc.

Hallers Musikhaus, Inhaber: H. Haller jr. u. C. Capell, Markt 3, Kohlmarkt 12.

Neue Volksbühne, 44 Beckergrube 44. Täglich Variete und Kabarett. Anfang 7½ Uhr.

Restaurant „Holstenkrug". Hugo Boysen, Holstenstr. 37. Telephon 8184.

Restaur. zur Markthalle. Küche, Biere, Weine. Paul Richter, Mengstr. 6. Tel. 232

Café Bernhardt, Fackenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Abstinenz-Café, Untertrave 100. Fernruf 3268. Spez.: Tägl. frisch. Backw. u. ff. Bohnenkaffee. V. Radike.

Bodega-Weinstub. H. Giesenberg, Fleischhstr. 14. Tel. 8988. Gute gepflegte Weine, Liköre und Küche.

Reichels Kulmbacher Bierhaus. Inh.: O. Schneider, Fleischhstr. 16. Tel. 497. Gut gepfl. Biere, Weine u. Küche

Restaurant u. Café, Königstr. 41, Zum Deutsch. Kaiser. Garten u. Veranden, gute Küche. Pilf. Urquell.

Fritz Derlien, Hüxstraße 107, Samen- und Futterhandlung.

Großbude, Chr. Schulz, Tel. 3458, Königstr. 93.

Weine u. Spirituosen Joh. Fischer, Große Burgstraße 17.

Hielschers Restaurant Gr. Burgstr. 57. Altbekannte Frühstücksstube. Bürgerl. Mittagstisch von 12—2 Uhr, solide Preise.

Freitags Bierstube, Königstraße 112. Guter Mittagstisch.

H. Schulk, Bierhalle Beckergrube 17.

Lebensmittel, Obst.

Fr. Klempau, Königstraße 22. Obst. — Südfrüchte.

E. Christoffersen, Holstenstraße 42. Fernsprecher 2345. Schokoladen, Konfitüren, Kaffee, Tee, Konserven und Marmeladen.

Fischhandlung H. P. Unger Holstenstraße 21. Fernsprecher 8603. Täglich Eingang von frischen Fischen.

Gustav Magaard, Johannisstr. 13 Beste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

H. Bülck, Kaffee-, Tee-, Kakao-Handlung, jetzt Mengstr. 24. Fernspr. 149. Geschäftszeit 9-1 u. 3-5.

Rostocker Butterhandlung Inh. Robert u. Dora Gündel. Beckergrube 9, Tel. 2064.

Karl Wunderlich, Fünfhausen 16 Obst, Gemüse, Südfrüchte und Lebensmittel.

Ernst Voss, Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarr., Rauch- u. Kautabake. Große Burgstraße 59 Fernruf 410. Geschäftsprinzip: Gute Ware, solide Preise.

Walter Steinhagen, Delikat.- u. Fettwar.-Hdlg. Spez. Butter, Marg., Eier. Beckergrube 7.

C. Mull, Inh. W. Beckmann, Delik., Konserven, Käse. Beckergrube 33. Telephon 1618.

J. Dorbeck, Fleischhauerstr. 110 Schokoladen-, Marzipan- und Zuckerwaren-Fabrik. Tel. 448. Gegr. 1873.

H. Warncke, Obst- u. Südfrüchte. Spezialhaus Königstr. 64. Fernspr. 2011.

Fischhandlung, J. Blöß Tel. 30. Fleischhauerstr. 15

C. Helm, Mühlenstr. 73 Telep. 2428. Kartoffeln. — Getreide.

L. Roeper, Kaffeeröst. Kolonialw. Königstr. 75. Tel. 8915

D. Tiepkau, Kolon., Delik. Gem., Konf. Fleischhauerstr. 11. T. 2857

A. Marek, Älteste Lüb. Konditorei und Marzipanfabrik.

Konfektion, Putz, Schuhe usw.

Paul Rosenkranz, vorm. Katharina Kusch, Putz- u. Modewaren, Telephon 8327, Sandstr. 2-4. Stets letzte Neuheiten zu billigsten Preisen.

Johannes Holst, Markt 6 Kohlmarkt 6. Herren-, Knaben-, Arbeiter-Garderoben und Schuhwaren, Manufaktur- und Aussteuer-Artikel zu billigsten Tagespreisen.

Johanna Marcks-Ahrendt, Mühlenstraße 5. Fernsprecher 2680. **Damenhüte,** größte Auswahl.

L. Graff, Holstenstraße 20. Spezialgeschäft für Herrenmoden, Wäsche, Hüte und Mützen. 5716

Gustav Nagewitz, Transport * Spedition * Lagerung * Möbeltransporte * Kontor und Lager: Schwartauer Allee 69a * Fernsprecher 9044.

Aug. Trost & Sohn, Holstenstraße 24. Spezialhaus für Hüte und Mützen.

H. Hornbogen, Königstr. 71. Tel. 1010. Strumpffabrik, Spezialgeschäft feiner Trikotagen und Strumpfwaren.

Carl Zegelin, Johannisstraße 11. Unterzeuge, Strumpfwaren, Knaben-Anzüge 2c.

Alma Busse, Wahmstraße 18. * Damen- und Kinderhüte in großer Auswahl. Umpressen und modernisieren schnellstens.

Ferd. Kauffeld, Obere Wahmstr. 11. Pelzwaren, Hüte, Mützen. Umpreßanstalt für Herrenhüte.

Eisleben, Braunstraße 30 32. Putzwaren. Groß- und Kleinhandlung.

M. Conquet, Klingenb. 3/4, l., Haus Koeppke, neb. St. Hamb., Etagengesch. Gr. Ausw. i. garn. Hüt. Umarb. u. pressen alt. Hüte a. neueste Form.

D. Wagner, Holstenstr. 8. Damen- und Kinderhüte. Größte Auswahl. — Billigste Preise.

W. Kamm, Johannisstr. 16 Korsetts jeder Art.

Herrengarderobe fertigt preiswert W. Drettau, Königstraße 4—6, II.

Krawatten
Oberhemden
Herren-Hüte
Kamerhuis
Ob. Wahmstr. 17.
Herrenartikel.

Fritz Heine, Zigarren. — Import. — Versand. Beckergrube 36. Fernruf 8472. Filiale: Schwönekenquerstr. 24. Empfehle mein reichhaltiges Lager feinster Qualitäts-Zigarren und Zigaretten, Tabake jeder Art, Hamburger, Bremer und Bünder Fabrikate, sowie Zigaretten in größter Auswahl. In- und ausländische Fabrikate zu äußerst niedrigen Preisen.

Herrenstiefel	von 140.—	Mk. an
Damenstiefel	140.—	„ „
Damen-Spangenschuhe	68.—	„ „
Damen-Schnürschuhe	65.—	„ „
Damenstiefel (Hochschaft)	210.—	„ „
Herrenstiefel (braun)	300.—	„ „

Große Auswahl in Kinderschuhen.
* Vorschriftsmäßige Turnschuhe. *

Eugen Meinen .. 5 Klingenberg 5

Zigarren, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fleischhauerstraße 65. Fernruf 3381.

Hans Kählers, Fischergrube 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigarren.

Bremer Zigarren-Fabriken C. Freese Gegründet 1860 * Bremen * Gegründet 1860 Filiale **Lübeck, Holstenstr. 13/15,** Fernspr. 8937 Vorteilhafte Bezugsquelle feinster Bremer Qualitäts-Zigarren.

Rauchtabak Dreessen's Tabak u. Zigarren Holstenstraße 6 Holstenstraße 6

Heinrich Möller, Holstenstr. 42 Untertrave 114-115. Gegründet 1867. Fernruf 8426. Zigarren, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

Die führende Firma der Branche: Färberei Lehfeldt, Johannisstr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg

Lübeck ab	Hamburg an	Hamburg ab	Lübeck an
6⁰⁰	7⁴⁰	5⁴⁰	7⁰⁸
7⁴⁰ W	8⁵⁰	2—4 SL	
7⁴⁷	9²¹	7⁰⁵	8⁵¹
2—4 SL		2—4 SL	
9⁴⁰	11⁰⁶	8⁴⁰	7²¹
11⁰⁵	12⁴⁰	8⁴⁰ D	9⁵⁷
2—4 SL		10¹⁷	11⁵⁴
12⁴⁶	2⁴⁶	2—4 SL	
2²⁴	3⁴⁵	12²⁵	1⁵⁶
3⁴⁴	5⁰²	3⁰⁵ W	4¹²
2—4 SL		3⁴⁰	5¹⁰
4¹⁷	5⁴⁰	2—4 SL	
2—4 SL		5¹⁵	6¹²
7¹⁶	8²⁴	5⁴⁰	7¹⁵
7²²	9⁰⁰	7²²	9⁰⁰
8¹⁶ D	9¹⁴	2—4 SL	
8⁵⁵ S	10¹⁵	9⁰⁰	10⁰⁶
9²⁰	11⁰²	11⁴⁰	1⁰⁶
2—4 SL			

Büchen

Lübeck ab	Büchen an	Büchen ab	Lübeck an
8⁰⁰	9¹⁸	6⁵⁴	7⁴³
1²⁰	2⁴⁷	11⁴⁵	1⁰⁰
4¹⁸*	9¹⁵	8⁴⁵*	1²⁹
5³⁰	6⁵²	3²⁷	4⁴²
9¹²	10⁵⁴	7²²	8⁴⁰

* D Berlin-Kiel und zurück.

Kleinen

Lübeck ab	Kleinen an	Kleinen ab	Lübeck an
7¹⁵	8⁵³	5⁵⁰	7²⁵
9²⁶ D	10²⁸	9⁰²	10⁵⁷
9⁴² D	10⁴¹	1⁵⁴	3⁴⁶
12²²	1⁴⁴	— D	7¹⁰
5¹⁹	7⁰⁸	7⁰⁹ D	8⁰⁸
9¹²	10⁵¹	7²⁵	9⁰⁵

Eutin

Lübeck ab	Eutin an	Eutin ab	Lübeck an
7¹⁵	8¹²	6¹⁵	7²²
9⁴⁷*	10⁴⁵	8²⁸	9¹⁸
12¹³	1⁰⁹	12²⁴*	1²¹
1⁴² D	2⁴⁵	2⁵⁸	3⁵⁸
2⁰⁰	2⁵⁶	3²⁵ D	4¹²
7²¹	8²⁰	7²⁵ S	8³⁴
		7⁴⁵	8⁵⁹

* Nur bis auf weiteres.

Segeberg

Lübeck ab	Segeberg an	Segeberg ab	Lübeck an
8⁰⁵ W	10⁰²	5¹⁵ W	7⁰⁸
10⁰⁰ S	11⁵³	7⁰⁵ S	9²⁰
2¹⁰ W	3⁰⁵	10⁰² W	11⁵⁵
7³⁰ W	8⁵⁵	4¹⁵ W	6¹⁵
9²⁰ S	10⁴²	7³⁰ S	8⁵⁸

Travemünde

Lübeck ab	Travemünde Stadt an	Travemünde Strand an	Niendorf an
5²¹ W	6⁰¹	—	6²²
8¹⁵	9⁰⁰	—	—
9⁴¹	10⁰⁸	10¹⁸	10³³
1³⁵*	2⁰²	2⁰⁷	2²⁰
2⁰⁷	2⁴⁷	2⁵²	3¹⁷
4¹⁸	4⁴⁵	4⁴⁵	5¹²
6²²	7⁰¹	7⁰⁶	7³¹
9¹⁵	9⁵⁵	10⁰⁰	—

Niendorf ab	Travemünde Strand ab	Travemünde Stadt ab	Lübeck an
6³⁰ W	6⁵⁰	6⁵⁵	7³¹
11⁰⁰	11²⁵	11³⁰	12¹⁰
1²⁰	1⁴⁰	1⁴⁵	2¹⁷
2⁴⁴*	3⁰⁷	3¹²	3⁵²
3⁴³**	4⁰⁸	4¹³	4⁵¹
5⁵³	6¹⁸	6²³	7⁰⁷
—	7³⁰*	7³⁵	8⁰⁵
7⁵⁵	8¹⁷	8²²	8⁵⁰
—	10¹⁵	10²⁰	10⁵⁷

* Nur im Juli und August.
** Travemünde Strand bis Lübeck nur Juni und Sept.

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.

Joh. Tollgreve, Goldschmiedemeister, **Königstr. 92.** Silberne u. versilberte Bestecke — Trauringe — Reparaturen. Moderne Schmucksachen.

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstraße 62
Fernspr. Nr. 8330—8333. Fernspr. Nr. 8720—8723.
Koks ▫ Kohlen ▫ Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

Adolf Röhrich, Zigarren, Zigaretten, Tabak. T. 274. Holstenstr. 2, E. Schüsselbd.

J. van de Berg, Zigarren-Spezialhaus Fleischhauerstr. 88.

Zigarren-Kiecke Königstr. 64, Ecke Hüxstr.

H. Rughase, Untertrave 62 Zigarr., Zigarett., Tabake.

W. Lampe, Mühlenbrücke 9. Zigarrenhaus.

H. Bick, Untertrave 70 Zigarren u. Tabakwaren.

F. C. H. Schröder, Inh. Jos. Brielmayer, Königstr. 43, Tab., Zigarr., Zigaretten.

Uhren und Optik.

Ludwig Zander, Marlesgrube 3. Goldschmied. Großes Lager von Gold- und Silberwaren. Eigene Werkstatt.

C. Blanck, Königstraße 78 Erstklassiges Spezialhaus feiner Uhren, Gold- und Silberwaren. Telephon 1341. Telephon 1341. Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur.

Otto König, Fleischhauerstraße 7. Gold- und Silberwaren. Anfertigung künstlicher Reparaturen und Neuarbeiten in eigener Werkstatt. Spezialität: Verlobungsringe.

Johs. Bernhardt, Goldschmied, Hüxstraße 25. Gold- und Silberwaren, Trauringe. Eigene Werkstatt.

Willi Westfehling, Holstenstr. 32. Spezialität: Verlobungsringe. Reparaturen prompt.

Max Ehrichsen - Uhren, Goldwaren Reparaturen billig. — Fischergrube 56.

Albert Ziehe, Hutumpresse-Anstalt,

Wilh. Ewert, Schuhwaren, Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstraße. Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art.

Adolf Hübner, Uhrmacher, Fünfhausen 13

Jakob Könner, Uhrmacher, Schüsselbuden 11.

Antiken: O. West, Breite Straße 38 und Hüxstraße 41.

Alb. Matern, Uhrmacher, Beckergrube 26.

Möbel.

Gustav Reinboth Hans Sack Nachf. Lübeck, Königstraße 36. Papierhandlung Geschäftsbücher Kontormöbel.

Mia Schwarz, Atelier elegant. Damenmod. Königstr. 46a II. 9-1, 3-6 U.

F. Kloetzen, Möbel- und Dekorationsgeschäft. Telephon 1193. Königstraße 65/67.

Georg Lopp, Marlesgrube 24, Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

Carl Folters, Marlesgrube 25. Möbelhandlung. Vorteilhafte Einkaufsquelle ganzer Wohnungseinrichtungen sowie Einzelmöbel.

M. Krause Ww. Blumenbinderei, Beckergrube 8.

Wilh. Oldenburg, Korbw. u. Korbf. Hüxstr. 90

Blumengeschäft Sager Inh.: J. Wäst, Königstraße 90. Tel. 1208. Blumen- und Kranzspenden. Spezialität: Brautsträuße.

Rudolf Gaspary, Holstenstraße 20 Fernruf 8287. Blumen und Pflanzen, Kränze in allen Ausführungen.

Allgemeines.

Piehl & Fehling Kohlenabteilung, Mühlenstraße 48
Anthrazitkohlen * Briketts * Holz * Torf *

Niebuhr & Binge, Beckergrube 48 Fernspr. 2817 Elektromotoren u. Apparatebau, Ankerwickelei. Fabrikation elektrischer Materialien. Ständiges Lager in Elektromotoren und Heizapparaten.

Feddersen & Wulff, Königstr. 62 Herrenschneiderei-Bedarfsartikel, Tuchlager, Herren-Artikel.

Hermann Dobberstein, Hüxstr. 47, Fernspr. 1048. Spezialität: Färben nach Probe, chemische Reinigung. — Schnell! Tadellos! Mäßige Preise!

Arthur Priem, Johannisstraße 21. Fernruf 686. Ausführung elektrischer Anlagen jeder Art u. Größe. Ankauf, Verkauf, Verleihung von Elektromotoren. Lager in Beleuchtungskörpern und Glühlampen. Reparaturwerkstatt.

Germania-Drogerie, Königstraße 66, Julius Vogt. Oelfarben.

Martin Jürgens, Hüxstraße 78. Solinger Stahlwaren u. eig. Schleif. m. elektr. Betrieb. Tägl. Schleifen.

C. J. Alm, Holstenstr. 12, Braunstr. 7. Drogen und Farben.

Handarbeiten mod., geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft **Ritz,** Fernr. 3383, Ob. Wahmstr. 1

Ludwig Schlüter, Luxusfuhrwesen, Hochzeits- und Trauerwagen. Telephon 72. Beckergrube 24.

J. Nowacki, Fischergrube 45. Mechanische Schuhreparaturwerkstatt.

Carl Hans Kühl, Mühlenstr. 42. Telephon 2988. Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Nähmaschinen repariert schnell u. gut Heinr. Kruse, Mechaniker, Fischergrube 33. Solide Preise.

Fr. Grüschow, Johannisstraße 63. Fernruf 8382. Piano- und Möbeltransport. Uebernahme ganzer Umzüge am Platze und nach auswärts. Einlagerung ganzer Hausstände.

Joh. Hartz, Johannisstraße 22. Werkstatt für elektrische Maschinen. Spezialität: Feldspulen und Ankerwickelei.

Wilh. Schubert, Pferdemarkt 17. Klempnerei und Installation für Gas, Wasser und Elektrisch.

Neu bekommen Sie Ihren alten Hut in der Hutpresserei **Hüxstr. 49.**

Tapezier.-Liefer.- u. Rohstoff-Genossenschaft e. G. m. b. H. Schüsselbuden 4. Fernsprecher 8281. Rohstoffe, Tapeten, Möbelstoffe, Gardinen.

Schuhmacher-Rohstoff-Verein G. m. b. H. Johannisstr. 31. Oberleder, Unterleder, Bedarfsartikel, Stepperei. Verkauf auch an Nichtmitglieder.

Löwen-Apotheke und Homöopatische Zentral-Apotheke, Johannisstr. 13, Fernruf 621. Spezialitäten: Drogen, Chemikalien.

Max Pauls, Inhaber: Erich Schauer, Königstraße 45. Haus- und Küchengeräte.

L. Harms & Co., Inh.: H. Eckholdt, Königstr. 49. Tel. 207. Spezialgeschäft für Beleuchtungsartikel aller Art.

Tapeten, Läuferstoffe, Wachstuche Carl Beulcke, Königstraße 48b.